



**GRAUE  
WÖLFE IN  
5 MAINZ:  
VERLETZTE**

**FOLTER:**

Aus dem Bericht  
der Anwaltskammer  
Istanbul

**VERFOLGUNG  
DER  
KURDEN**

# TÜRKEI

## Informationen



## Zu diesem Heft:

In diesem Heft berichten wir sowohl über die Ereignisse in der Türkei wie auch über die Organisationen und Beziehungen der türkischen Rechtstextremisten in der Bundesrepublik. Mit besonderem Nachdruck möchten wir auf die sprungartig gestiegene Zahl der Folterungen hinweisen.

Parallel zu der seit April verstärkten Verhaftungswelle wird in der Türkei die systematische Folterung der politischen Gefangenen zu einen regulären Bestandteil der polizeilichen Vernehmungen. Angesichts dieser Tatsache muß in unseren Bemühungen, die Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei zu verstärken, die Kampagne gegen die Folterungen einen zentralen Platz einnehmen.

Durch den Druck der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland, insbesondere in Europa, kann die Demirel-Regierung zur Einstellung der Folterungen gezwungen werden. Die Türkei hat die europäische Konvention der Menschenrechte mitunterzeichnet. Die türkische Regierung ist sowohl aufgrund der türkischen Gesetzgebung, wie auch durch zahlreiche internationale Dokumente zur Respektierung der Würde des Menschen verpflichtet.

Wer es mit Solidarität ernst meint, sollte in erster Linie gegen die Folterungen seine Stimme erheben. Durch Briefe an die türkische Botschaft, an die Mitglieder des Bundestages und an die Bundesregierung können wir die Folterknechte der Demirel Regierung stoppen

HERAUSGEBER:  
**FIDEF**

Föderation der Arbeitervereine der Türkei  
in der BRD e.V.  
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1  
Telefon: 0211/ 66 42 84

GRAPHISCHE HERSTELLUNG:

**infoGRAPH**

/Informationsmaterialien  
für Jugend & Erwachsenenbildung in deutsch und  
in Sprachen der Arbeitsemigranten/  
/Graphische Arbeiten & Druck/Verlagskollektive/  
/Übersetzungen/

Telefon: 0611-594523

## Inhalt



- Tausende Oppositionelle gefoltert**  
Seite 1
- Folterdokumente**  
Seite 3
- Terror: Seit November über 1500 Politische Morde**  
Seite 5
- Ehemaliger Innenminister: Die Regierung provoziert das kurdische Volk**  
Seite 8
- Künstlich erzeugte 'Verfassungskrise' soll den Vorwand zur Liquidierung der Republik liefern**  
Seite 8
- Streikkämpfe werden trotz Kriegsrecht und Terror fortgesetzt**  
Seite 10
- Der Angriff auf TARIS/IZMIR war ein Signal**  
Seite 11
- Niederlage für Demirel Regierung: Landesweite Aktionen zum 1.Mai**  
Seite 13
- Mit 61 US-Stützpunkten: die Türkei, Pulverfaß im Nahen Osten**  
Seite 15
- TKP gegen NATO**  
Seite 17
- Demirel zieht alle 3200 Lehrer aus der BRD zurück**  
Seite 18
- Graue Wölfe schlugen in Mainz zu: 5 Verletzte**  
Seite 19
- Wer unterstützt die türkischen Rechtstextremisten?**  
Seite 21
- CDU-Abgeordneter als Förderer der "Islamischen Kulturzentren"**  
Seite 23
- Anadolu: Sammelbecken türkischer Rechtstextremisten in der BRD**  
Seite 24
- Süleymanisten als religiöse Fanatiker in der BRD**  
Seite 25
- Wer organisiert die Koran-Kurse in der BRD**  
Seite 27
- Neonazis Schüren Ausländerfeindlichkeit**  
Seite 29



## Tausende Oppositionelle gefoltert

In den Gefängnissen der Türkei sind die körperlichen Mißhandlungen und Folterungen der Gefangenen die Regel. In den letzten Monaten jedoch hat die Folter bedrohliche Ausmaße angenommen.

Um auf die unmenschliche Folter in der Türkei aufmerksam zu machen, veranstalteten der Ärztenbund der Türkei, die Ärztekammer Istanbul, die Anwaltskammer Istanbul am 18. 4. 80 eine Pressekonferenz. Auf dieser Pressekonferenz gaben sie ihren gemeinsamen Beschluß bekannt, wonach sie die Folterfälle untersuchen und der Öffentlichkeit bekannt geben möchten. In einer Erklärung wies der Vorsitzende des Hauptausschusses des Ärztenbundes der Türkei, Dr. Atabek, auf die Vertuschung der Folter hin. Er sagte: "Es wird versucht zu verhindern, daß darüber gesprochen wird. Wir fordern die sofortige Enthüllung und Bestrafung aller, die für die Folter verantwortlich sind." Generalsekretär der Istanbuler Ärztekammer, Dr. Gencay Gürsoy, betonte in seiner Rede, daß die Folteranwendungen eine Widerspiegelung des Staatsterrors seien.

Auf der Pressekonferenz gab der Sprecher der Anwaltskammer Istanbul den Beschluß seiner Kammer bekannt, für die Ermittlung der Folterfälle besondere Ausschüsse zu gründen. Als der Apell der Ärzte und Anwälte nichts fruchteten, berief die Anwaltskammer Istanbul am 7. Mai erneut eine Pressekonferenz ein, auf der der Vorsitzende der Kammer, Orhan Apaydin, einen umfassenden Bericht und zahlreiche Dokumente vorlegte. Apaydin stellte fest, daß die derzeitige Regierung den in der Verfassung verankerten Grundsatz "Achtung vor den Menschenrechten" ständig mißachtete. Er sagte

**Ärzte- und  
Anwaltskammer  
drängen auf aufklärung**

**Gemeinsamer  
Ausschuss gebildet**

wörtlich: "Die Klagen, die uns erreichen können, sind überfüllt mit schrecklichen Beispielen der Folter." Alle Behauptungen würden mit entsprechenden Fotos, ärztlichen Attesten und den Aussagen bzw. den Anträgen der Gefangenen belegt. Apaydin berichtete der Presse über die bisher bekannt gewordenen Foltermethoden: "Die Gefangenen werden naß ausgezogen, auf einen Steinboden gelegt und mit Druck-Wasser bespritzt. Danach werden sie an den Geschlechtsorganen, Zähnen und Ohrläppchen mit elektrischem Strom gefoltert. Bei den meisten werden Zigaretten am Körper ausgedrückt. In ihre After werden Stangen eingeführt. Schläge auf die Fußsohlen und Prügel sind inzwischen ein Bestandteil der erkennungsdienstlichen Behandlungen und Vernehmungen. Diese Foltern werden solange fortgeführt, bis der Gefangene die fertige Aussage unterschreibt. Diejenigen, die sich weigern, werden bedroht aus dem Fenster geworfen oder an der Decke gehängt zu werden.

Ferner forderte der Vorsitzende der Istanbuler Anwaltskammer die Richter und die Staatsanwälte auf, die in den Untersuchungshaft und Gefängnissen unterschriebenen Aussagen nicht anzuerkennen.

Trotz aller Versuche die Öffentlichkeit auszuschalten, wurden zahlreiche Folterfälle bekannt. Hier sind einige Beispiele:

- Assistent in der Nervenklinik in Bakirköy Istanbul, Psychologe Dr. Kirbas wurde 15 Tage lang gefoltert. Er war gerade dabei eine wissenschaftliche Arbeit zu schreiben, in der er die Auswirkungen der Folter auf die Psyche der Menschen untersuchen wollte.
- Der Medizinstudent aus Diyarbakir, Tahir Besen, Mitglied der kurdischen Organisation DDKD wurde ohne Grund festgenommen. Er mußte säurehaltiges Wasser trinken, worauf er den Verstand verlor.
- In Ergani wurde ein Kurde gezwungen 2 kg Salz zu essen.
- Vier Frauen, die in Ankara gegen das Verbot des 1. Mai protestiert haben wurden festgenommen und auf die Folterbank gelegt. Eine von ihnen, Gülseren Kayin, mußte wegen einer inneren Blutung ins Hacettepe-Krankenhaus eingeliefert werden. Dort wurde festgestellt, daß ihr Geschlechtsorgan zerfetzt worden war. Sie mußte operiert werden.
- In Mersin wurde Muhammed Mehdi Aykir festgenommen. Ihm wurde die Ermordung eines Soldaten zur Last gelegt. M. Aykir wurde durch den Staatsanwalt ins Gefängnis geschickt. Jedoch wurde er von den Gendarmen in einen "unbestimmten" Kerker verschleppt und drei Tage lang gefoltert. Mit Messern schnitt man ihm die Fußsohlen bis in die Knochen. Seine Schläfen, Finger und Zehen wurden gebrochen. An seinem Körper wurden Zigaretten ausgedrückt. Trotz der folgenschweren Folter wollte man ihn nicht ins Krankenhaus bringen. Als die Gefangenen gedroht haben, das Gefängnis in Brand zu setzen, mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dort durfte er nicht von seinen Familienangehörigen aufgesucht werden. Die Gendarmerie-Soldaten bedrohten die Ärzte und Schwestern und riefen: "Laßt ihn sterben!"

**Grausame  
Foltermethoden**

**Kurde mußte  
säure trinken**

In der letzten Ausgabe der "Türkei-Informationen" hatten wir über den Tod des Krankenpflegers, Hüseyin Karakas, durch Folter berichtet. Inzwischen wurde ein neuer Todesfall bekannt.

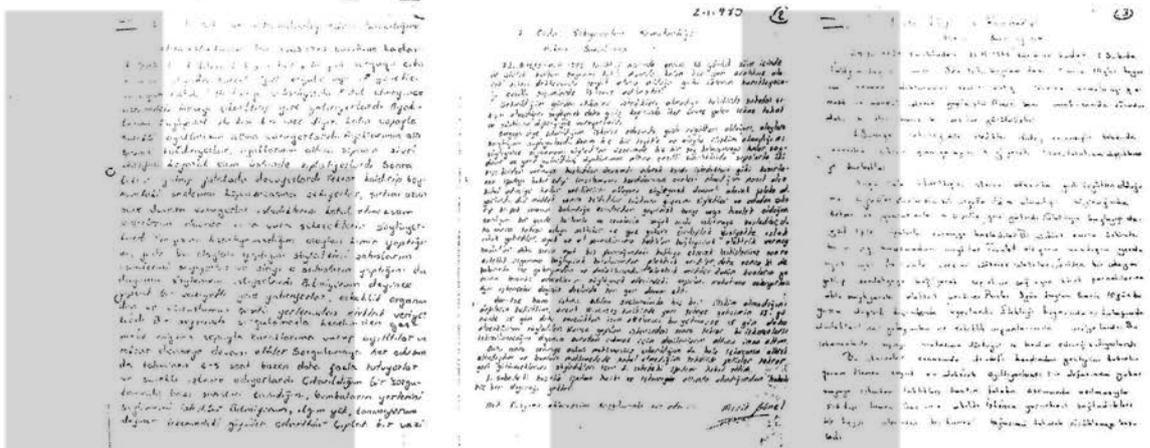
**Ein neuer Mord  
durch Folter**

Yasar Gündogdu, Angestellter - Mitglied des Betriebsrats, wurde am 18. April 1980 gegen 11.00 Uhr durch zwei Personen von seinem Arbeitsplatz bei den Elektrizitätswerken der Türkei in Ankara abgeführt. In der folgenden Nacht brachte man ihn mit einer Gehirnblutung ins Krankenhaus. Er konnte jedoch nicht gerettet werden. Die Ärzte teilten mit, daß er von den Beamten des Polizeipräsidiums eingeliefert worden sei. Obwohl es offensichtlich ist, daß Y. Gündogdu in Folge der Schläge an seinem Kopf gestorben ist, wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen.

Dieser Fall ist nur einer der wenigen, die in die Öffentlichkeit dringen konnten. Oft versucht man die äußeren Spuren der Folter zu meiden. Deshalb werden die Häftlinge entweder gegen die Wand gestoßen, ihre Rippen eingedrückt oder sie werden mit nassen Kleidern tagelang vor dem offenen Fenster gehalten. Somit wird später behauptet, der Gefangene sei aufgrund einer früheren Krankheit gestorben.

Allein diese wenigen Beispiele, die wir hier aufgeführt haben, müßten genügen um zu zeigen, mit welchen brutalen Mitteln die Gefangenen in der Türkei behandelt werden.

Die Türkei unterzeichnete alle Menschenrechtserklärungen und alle internationalen Vereinbarungen, die bisher zustande kamen. Wenn man sich aber die Realität anschaut, stellt man fest, daß alle diese Erklärungen für die Demirel-Regierung nicht mal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind. Folter ist die schlimmste Verletzung der Menschenrechte. Deshalb ist es an der Zeit, daß sich alle Kräfte, die es mit den Menschenrechten ernst meinen, ihre Stimme zum Protest erheben. Das sind wir den gefolterten Menschen in der Türkei schuldig.



### 3 Folterdokumente - Opfer 1:

... Sie schlugen lange Zeit auf meine Füße ein. Als sie anschwellen ließen sie mich aufstehen. Ich mußte auf der scharfen Kante des Schlagstockes bis zum Umfallen springen. Dann wurde ich wieder auf die Bank gelegt. Die Folterer fingen an, erneut auf meine Sohlen einzuschlagen. Später zogen sie mich an den Haaren, bis sie ausgerissen wurden. Anschließend wurde ich mit dem Rücken gegen die Wand geschlagen. Dabei drohten sie, daß ich die "Schuld" zugeben sollte, sonst würden sie mich weiter gegen die Wand stoßen, damit mir die Lungen einreißen. Sie zählten etliche Namen und Vorfälle auf. Ich sollte aussagen, daß die genannten Personen in diese Vorfälle verwickelt sind. Wenn ich sagte, ich wüßte nichts darüber, würde ich nackt ausgezogen und mit elektrischem Strom gefoltert werden. Als ich einmal während der Folter das Bewußtsein verlor, schlugen sie mir auf die Beine, um mich wieder ins Bewußtsein zu bringen.

Jedes Mal wenn ich zur Vernehmung aufgerufen wurde, folterte man mich 4 - 5 Stunden ohne Unterbrechung. In einer der Vernehmungen sagten sie mir, ich würde einige Personen kennen und sollte erzählen, wo die Bomben versteckt sind. Ich erklärte erneut, daß ich nichts damit zu tun habe. Daraufhin wurde ich meiner Kleidung entledigt. Nackt ließen sie mich bücken. Sie drohten, mich zu vergewaltigen und führten Stöcke in meinen After ein. Sie machten mir ständig Angst, mich monatelang im Präsidium zu halten und erst ins Gefängnis zu schicken, wenn ich ausgesagt habe. Sie sagten auch, sie würden mich umbringen und als "auf der Flucht erschossen" melden.

Arif Kurtdisoglu  
Unterschrift

"Auf der Flucht erschossen"

### Opfer 2:

...In der Folterkammer wurde mir gesagt, ich sei Mitglied einer Untergrundorganisation. Als ich dieser Behauptung widersprach, wurde ich von 5-6 Polizisten mit Fäusten

niedergeschlagen. Ich wurde auf die Bank gelegt und gefesselt. Mit Stöcken schlugen sie auf meine Füße ein. Danach wurde ich nackt ausgezogen und in eine Toilette gebracht, wo ich naßgespritzt wurde. Gleich darauf brachte man mich wieder in einen Raum. Dort wurde ich auf einem Stuhl gefesselt. Um die Finger meiner rechten Hand und um die Zehen meines rechten Fußes wurden Kabel gewickelt und der Strom eingeschaltet. Manchmal wurde ich auch an den Ohrläppchen, an den Lippen, am Bauch und an dem Geschlechtsorgan auf die gleiche Weise gefoltert. Diese Qual dauerte, bis auf die drei Feiertage, insgesamt 10 Tage ununterbrochen. Sie drohten mir erneut mit der Entmannung und steckten Stöcke in meinen After.

Ich erinnere mich, während dieser Folter zweimal das Bewußtsein verloren zu haben. Durch Übergießen mit kaltem Wasser brachten sie mich wieder zum Bewußtsein. Als einmal der Gurt, mit dem sie mich gefesselt hatten, während der Folter aufging, stürmten 5-6 Polizisten auf mich ein. Einer band den Gurt um meinen Hals und schleppte mich eine Zeit lang durch das Zimmer. Dabei beschimpfte und bedrohte er mich, mich zu töten. Ich fing an zu zittern und zu röcheln. Daraufhin hat ihn einer der Polizisten gestoppt.

Aufgrund der Schläge waren meine Füße angeschwollen und blutunterlaufen. Andauernd wurde ich über Vorfälle gefragt, von denen ich keine Ahnung hatte. Sie brüllten mich an "entweder gestehst du die 'Schuld' ein, oder nennst du ein paar Namen." Sie traten auf meine blutunterlaufenen Füße und rissen mich an den Haaren. Ich wurde immer wieder bedroht: "Aus dem Polizeipräsidium kommt keiner heil oder lebendig heraus. Du wirst einen Monat hier bleiben, wenn das nicht langt, bekommen wir noch einen Monat genehmigt." Um aus dem Polizeipräsidium herauskommen zu können, habe ich die Aussage unterschrieben. ...

Yasar Cark  
Unterschrift

## Opfer 3:

2. 1. 1980

An die  
Militärstaatsanwaltschaft der Kriegsverbrecherkommandantur der I. Armee

In dem 14-tägigen Zeitraum vom 29. 10. 1979 bis 11. 11. 1979 wurde ich mit Ausnahme des dreitägigen Opferfestes ununterbrochen gefoltert. Wie es durch den Militärarzt festgestellt wurde und durch die Spuren ersichtlich ist, wurde ich auf verschiedene Weisen gefoltert. Seit dem ersten Tag meiner Ablieferung wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht aus dem Polizeipräsidium rauskomme, bis sie ihr Ziel erreicht haben. So wurde ich schon an der Eingangstür mit Fäusten und Gewehrkolben geschlagen, mit Füßen getreten.

In der Folterkammer, in die ich angeblich zur Vernehmung gebracht wurde, sagten sie mir, ich sei Mitglied einer Untergrundorganisation und ich hätte mich an Aktionen beteiligt. Als ich jedoch sagte, daß ich in keiner Organisation bin, befahlen sie mir, mich auszuziehen. Sie zogen mir alles aus und legten mich auf den Fußboden. Zugleich schlugen zwei von ihnen meine Fußsohlen. Dabei sagten sie mir, ich sollte die fertiggestellte Aussage unterschreiben. Sie hätten es nicht eilig. Sie hätten Zeit bis ich unterschreibe. Nach einiger Zeit mußte ich vom Boden aufstehen und mir die Unterhose anziehen. Wir gingen einen Korridor entlang, in dem viele Personen saßen und kamen dann in einen Raum - es müßte eine Toilette oder ein Bad sein. Dort haben sie mir mehrere Eimer kaltes Wasser über den Kopf geschüttet und mit dem Schlauch bespritzt. Ich wurde wieder in die Folterkammer zurückgebracht. Wassertriefend, wie ich war, mußte ich mich auf den Bauch legen. Um meine Zehen und Finger wickelten sie Kabel und schalteten den Strom ein. Später haben sie das gleiche mit meinen Hoden und meinem Geschlechtsorgan wiederholt. Bei einem Mal wurde ich auf die gleiche Art an den Lippen und am Bauchnabel gefoltert. Sie drohten, mich zu vergewaltigen und führten dabei einen Stock in meinen After. Diese Folter wurde täglich mit verschiedener Intensität fortgesetzt.

Mehrere Male habe ich erklärt, daß ich mit den Beschuldigungen nichts zu tun habe.

Schläge auf die Fuß-  
sohlen

Als sie aber am 10. 11. 1979, am 13. Tag meiner Ablieferung in dem Polizeipräsidium sagten, daß sie weitere 15 Tage genehmigt bekamen, so daß die gleiche Folter von vorne anfängt, habe ich unterschrieben.

Als ich später vor das Militärgericht in Selimiye gestellt wurde, litt ich immer noch unter Auswirkungen der Folter. Die Polizisten warnten mich, daß, wenn ich vor dem Gericht meine Aussage nicht bestätige, wieder ins Präsidium zurückkomme. Deshalb bestätigte ich "meine" Aussage.

Ich erkläre hiermit, daß meine Aussage unter Druck und Folter zustande kam und keinerlei juristische Bedeutung hat.

P.S. Ich bitte dieses Schreiben zu meinen Akten zu legen.

Macit Günel  
Unterschrift

In den nächsten Ausgaben der "Türkei-Informationen" werden wir zum Thema Folter weitere Berichte und Dokumente bringen (die Red.)

## TERROR: Seit November über 1500 politische Morde

Seit dem Amtsantritt der Demirel-Regierung im November vergangenen Jahres wurden in der Türkei mehr als 1.500 Menschen Opfer des faschistischen Terrors. Von Anfang an richtete sich der Terror auch gegen die Mitglieder und Sympathisanten der Republikanischen Volkspartei (CHP). Seit Ende April werden jetzt auch hohe Funktionäre der CHP ermordet. In den letzten Wochen wurden zwei Provinzvorsitzende der CHP Opfer der Faschisten. Der Vorsitzende der CHP Provinzorganisation von Adana, Ahmet Albay, wurde angeschossen und schwer verletzt. In dem Städtischen Krankenhaus von Adana konnte er nicht mehr gerettet werden. Inzwischen wurde durch die Polizei bestätigt, daß mit der Tatwaffe auch der ehemalige Polizeipräsident von Adana, Cevat Yurdakul (CHP-Mitglied) und sein Rechtsanwalt Halil Güllüoğlu (ebenfalls CHP-Mitglied) erschossen wurden. Der von der Bevölkerung und seinen Beamten sehr geliebte Polizeipräsident C. Yurdakul wurde zu einem Zeitpunkt ermordet, als er seine Ermittlungen über die Drahtzieher des Terrors in Adana beendet hatte.

Wenige Tage nach dem Attentat in Adana wurde am 7. Mai der Vorsitzende der CHP-Provinzorganisation von Kayseri, Mustafa Kulkuloglu, auf dem Weg zu seiner Wohnung erschossen. Kulkuloglu hatte drei Tage vorher auf einer Pressekonferenz erklärt, daß seit dem Amtsantritt des Gouverneurs der Provinz Kayseri, Babür Ünsal, 50 Menschen in dieser Provinz ermordet worden sind. Für die Mordanschläge hatter er den Gouverneur B. Ünsal verantwortlich gemacht und mit zahlreichen Tatsachen und Dokumenten belegt, daß B. Ünsal eng mit der faschistischen MHP zusammenarbeitet. (Der Gouverneur von Kayseri, B. Ünsal, wurde im Dezember 1979 von der Demirel-Regierung ernannt.)

Der Tod von zwei Provinz-Vorsitzenden innerhalb einer Woche löste in der Republikanischen Volkspartei (CHP) unterschiedliche Reaktionen aus. Während die Parteibasis heftige Kritik am Parteivorstand übte, weil er nicht entschlossen gegen die faschistische Gefahr vorgeht und den Ausweg in einer Zusammenarbeit mit der Demirel-Regierung sieht, begnügt sich der Partei-Vorstand lediglich mit einer Protesterklärung.

Am 20. Mai 1980 wurde der türkische General Sabri Demirbag, Kommandant der Infanterieschule zu Tuzla, vor seinem Haus in Kalamis, im asiatischen Teil von Istanbul von drei Unbekannten überfallen, als er seinen Dienstwagen besteigen wollte. Demirbag, der Verletzungen an den Beinen davontrug, ist der erste hochrangige Armeeangehörige, der die Zielscheibe eines Terroranschages wurde.

Das Attentat lieferte den reaktionären Kreisen einen willkommenen Anlaß, um ihre Angriffe auf die "kommunistischen Landesverräter" weiter zu intensivieren. Damit

### "Normale Mitglieder der CHP werden nicht ermordet"

Um die Einstellung des Innenministeriums zu Fragen des Terrors zu charakterisieren, bringen wir zwei Äußerungen des Stellvertretenden Innenministers Orhan Eren.

Eren bezüglich der Morde an CHP-Mitgliedern:

*"Normale Mitglieder der CHP werden nicht getötet!"*

Eren über die Folter in der Türkei:

*"Viele drücken an ihrem eigenen Körper Zigaretten aus, um behaupten zu können, sie wären in der Untersuchungshaft gefoltert."*

### Attentat auf Zwei-Sterne-General

sollen die weiteren Einschränkungen der demokratischen Grundrechte gerechtfertigt werden. Doch gerade diese gereizte Reaktion bestätigt die Vermutung der politischen Beobachter in der Türkei, daß in erster Linie diese reaktionär-faschistischen Kreise ein brennendes Interesse daran haben, auch die bisher nicht direkt berührten Armeeingehörigen in die Terrorakte einzubeziehen.

Nur einige Tage später, am 27. Mai 1980 wurde der Stellvertretende MHP-Vorsitzende Gün Sazak vor seinem Haus in Ankara von zwei unbekanntem Tätern niedergestreckt. Während der "Führer" Türke sofort nach Bekanntwerden des Anschlags den CHP-Vorsitzenden Ecevit "für diesen Mord sowie alle Attentate an MHP-Angehörigen direkt verantwortlich und deren geistigen Mörder" erklärte, lösten die langsam durchsickern Einzelheiten des Anschlags eine Verwirrung aus:

Sazak, der bis vor einigen Monaten als Tronfolger von Türke galt, war in jüngster Zeit in seiner eigenen Partei in einige Querelen geraten. Bezeichnend daher die Umstände seiner Ermordung: Obwohl jeder MHP-Abgeordnete über Personenschutz und darüber hinaus über parteieigene Leibwachen verfügen mußte, hatten die beiden Attentäter, die stundenlang vor dem Haus ihres Opfers ausgeharrt haben müssen, freie Hand: Gün Sazak, seine Frau und ihre vier Kinder waren völlig ungeschützt, als sie von einer Fahrt zurückkamen und ihrem Mercedes (Baujahr 1980) entstiegen.

Alarmiert durch die landesweit eingeleiteten Gewaltakte der "Grauen Wölfe" sah sich der CHP-Vorsitzende Ecevit auch gemüßigt gleichzeitig mit dem Attentat auf Sazak "auch den Massenterror zu verurteilen, den einige MHP-Kreise unter diesem Vorwand bereits in mehreren Regionen zu praktizieren beginnen" ("Hürriyet" vom 30. 5. 80) Es liegt auf der Hand, daß eine Eskalation der Terrorüberfälle in dieser Richtung auch noch die zögernden Teile der Generalität an die Seite der Befürworter eines härteren Durchgreifens treiben würde. Damit hätte ein breit angelegter Stufenplan sein gestecktes Ziel erreicht, nachdem neben tausenden von Terroropfern, mit systematischer Ermordung von prominenten Journalisten, Wissenschaftlern und Hochschullehrern ein "Klima der Angst" erzeugt wurde, das diese Angriffe nur noch als "konsequent" erscheinen läßt.

Spätestens seit Enthüllung der "Conter-Guerilla"-Aktionen der reaktionären Generäle ist es hinreichend bekannt, daß die Terror-Akte der "Grauen Wölfe" der MHP und die Attentate seitens der angeblich "linksextremistischen" agents provocateurs nur die beiden Seiten derselben Medaille darstellen: Wegbereitung für eine faschistische Machtübernahme mit Hilfe der reaktionären Militärs.

Erneut scheiterte ein Versuch der "Grauen Wölfe" in der "Türk-Föderation", ihre demokratisch eingestellten Landsleute gewissenlos zu verleumden. Ihre wochenlangen Hetzkampagnen gegen demokratische Organisationen verpufften als schamlose Demagogien. Den Anlaß lieferte ein Mord, dessen Ursache und Auswirkungen auch das wahre Gesicht dieser "Hüter der nationalen und religiösen Werte der türkischen Nation" entlarven.

Am 3. Mai 1980 war der ehemalige Vorsitzende des "Türkischen Idealistenvereins" in Reutlingen, Halil Tireli, in seinem Büro unter seiner Wohnung erstochen aufgefunden worden. Er galt schon seit Jahren als Koordinator der "Grauen Wölfe" im süddeutschen Raum und betätigte sich als Korrespondent der Tageszeitung "Hürriyet". Erst vor kurzem, auf Initiative von einigen von ihm geprellten Landsleuten, war ihm untersagt worden, sich auf seinen Briefbögen und Stempeln als "vereidigter Dolmetscher und Übersetzer" auszugeben. Doch auch nachträglich wurde bestätigt, daß dieser führende Kopf der "Grauen Wölfe" den Polizeibehörden in Reutlingen seit Jahren als Dolmetscher diente.

Seine Gesinnungsfreunde nahmen den Mord zum Anlaß, Tireli zu einem Märtyrer hochzustilisieren, indem sie die "kommunistischen roten Banditen" kurzerhand zu Mördern erklärten, obwohl jeglicher Hinweis auf eine politische Motivation fehlte. In aller Unverfrohenheit beantragten die "Grauen Wölfe" die Genehmigung eines Protestmarsches gegen die kommunistischen Mörder. Als die Reutlinger Polizei ihrem Antrag nicht entsprechen wollte, riefen sie zu einer Protestkundgebung in Hamburg auf, auf der sie ihre Anhängerschaft auf "Rache für unsere Märtyrer" einschwo-

**Mord an  
MHP-Funktionär**

**Reutlingen:  
Vom eifersüchtigen  
Ehemann getötet,  
von "grauen Wölfen"  
zum Märtyrer erklärt**

Indes lieferten die polizeilichen Ermittlungen eine weniger rühmliche Darstellung des Tatvorganges. Demnach ist Tireli von dem Ex-Ehemann seiner Mätresse erstochen worden, der sich durch diese "geheime" Beziehung eines Familienvaters mit vier Kindern zu seiner immer noch innig geliebten Frau in seiner Ehre gekränkt fühlte.

Obwohl allgemein bekannt ist, daß ausgerechnet diese Rechtsextremisten sich immer wieder als "Sittenwächter der Nation" aufspielen, ist bis heute keine Klarstellung seitens der "Grauen Wölfe" erfolgt, obwohl sie trotz besseren Wissens gegen ihre Gegner eine regelrechte Hetzkampagne führen, die - wie in Mainz - teilweise lebensbedrohliche Ausmaße angenommen hat.

Der Zweite Vorsitzende des "Idealistischen Jugendverbandes" (ÜGD), Ethem Comas, wurde in Trabzon getötet, als er am 25. Mai an der Technischen Universität von Trabzon eine Bombe legen wollte. Nach Angaben der Polizei versuchte E. Comas die Bombe an das elektrische Netz in der Kantine der Universität anzuschließen, als die Bombe vorzeitig explodierte. Der faschistische Bombenleger E. Comas starb sofort, während sein Komplize Cetin Ünsal verletzt wurde. Wäre der Sprengsatz, wie geplant, während des Mittagessens in der vollbesetzten Mensa explodiert, wäre mit einer sehr großen Zahl von Toten zu rechnen gewesen.

Dieser Vorfall hat noch einmal die Tatsache bestätigt, daß hinter dem blutigen Terror in der Türkei die faschistische MHP steht. Denn der sogenannte "Idealistische Jugendverband" (ÜGD) ist nichts anderes als eine der zahlreichen Ableger dieser Partei. Durch tausende von Mordanschlägen wollen sie die Bevölkerung einschüchtern und die Bedingungen für eine faschistische Machtübernahme mit Hilfe ultra-rechter Generäle schaffen.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Tarnorganisation der MHP in der Bundesrepublik Deutschland sich ebenfalls "Europäische Föderation der Türkischen Demokratischen Idealisten-Vereine" nennt. Es wäre ein unverzeihlicher Leichtsinns anzunehmen, daß die Ähnlichkeit mit dem verunglückten "idealistischen" Bombenleger sich nur auf den Namen beschränkt.

**"Idealist"  
als Bombenleger**

Die Verhaftungswelle in der Türkei hat bedrohliche Ausmaße erreicht. Die Regierung und Kriegsrechtsbehörden geben vor, gegen die Terroristen vorzugehen. Doch nicht die faschistischen Schergen werden festgenommen, sondern ihre Opfer. Besonders in den Arbeitervierteln der Großstädte werden jede Nacht dutzende von Menschen von den "Sicherheitskräften" aus ihren Wohnungen geholt und verschwinden in den Kellern der berüchtigten Polizeizentralen. Haftbefehle gibt es nicht. Nicht einmal ein konkreter Grund für die Festnahme wird genannt. Die Angehörigen müssen wochenlang ohne eine Nachricht der Festgenommenen, ohne zu wissen, wo er oder sie sich befindet, warten. Wir schildern unten den Fall eines herzkranken Mannes, der seit sechs Wochen auf ein Lebenszeichen seines 16-jährigen Sohnes wartet.

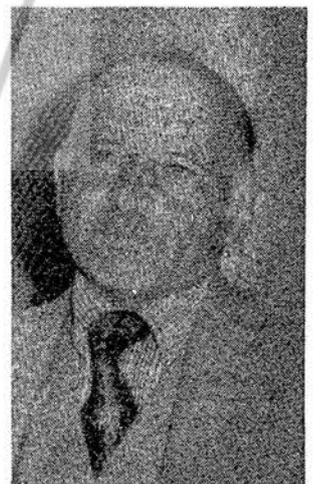
**Nachts abgeholt-  
verbleib unbekannt**

Mustafa Bilen wohnt in "Örnek Mahallesi", einem Arbeiterviertel im anatolischen Teil von Istanbul. Sein Sohn geht noch in die Schule. Die Familie Bilen wurde schon mehrere Male Opfer faschistischer Übergriffe. Zuletzt wurde ihr kleiner Laden in die Luft gesprengt. Aufgrund eines glücklichen Zufalls befand Mustafa Bilen sich gerade draußen und konnte entkommen.

**Bild: Mustafa Bilen**

In dem gleichen Stadtteil wurden auch andere Schüler festgenommen. Einer von ihnen ist 14, ein anderer 13 Jahre alt. Auch von ihnen fehlt bis heute jede Spur. Der Fall der Familie Bilen ist kein Einzelfall. Er zeigt anschaulich, wie es um die Menschenrechte in der Türkei bestellt ist.

Am 2. Mai wurde Mustafa's einziger Sohn mitten in der Nacht von Beamten in zivil abgeholt. Man sagte lediglich, daß eine "Anzeige" gegen ihn vorliege. Seitdem hat Familie Bilen keine Nachricht von ihrem Sohn erhalten können. Weder die Polizei, noch die Kriegsrechtsbehörden geben eine Auskunft über den Verbleib des jungen Bilen. Da der Festgenommene krank ist und ständig Medikamente einnehmen muß, fürchten sie, daß er die Folterungen nicht übersteht. Mustafa Bilen sagt: "Ich möchte nur ein einziges mal seine Stimme hören. Mehr will ich nicht."



## Ehemaliger Innenminister: Die Regierung provoziert das kurdische Volk

Die gewaltsame Unterdrückung des kurdischen Volkes ist ein integraler Bestandteil der Politik der türkischen Reaktion. Selbst die Ecevit-Regierungen, die mit dem Anspruch auftraten, eine "demokratisch-linker Politik" zu verfolgen, haben in dieser Frage die Positionen des türkischen Chauvinismus nicht verlassen können.

**Kurdische Oberschicht unterstützt die Reaktion**

Die Demirel-Regierung, die mit der faschistischen MHP offen zusammenarbeitet, hat die Verfolgungen und den Terror in Türkei-Kurdistan erheblich verschärft. Die Reaktion verfolgt offensichtlich eine Doppelstrategie: Einerseits wird die Loyalität der traditionellen kurdischen Oberschicht, das sind vor allem Großgrundbesitzer, Stammeshäuptlinge und Scheichs (Anführer diverser Sekten) durch Privilegien erkaufte, andererseits werden die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des kurdischen Volkes brutal verfolgt. So gibt es im Parlament etwa 80 kurdische Parlamentarier, von denen viele den reaktionären Parteien angehören. Gleichzeitig werden die Städte und Dörfer in Türkei-Kurdistan tagtäglich von Sondereinheiten der Armee umstellt, die Bewohner werden unter nichtigen Vorwänden terrorisiert, beleidigt und verprügelt. Die Regierung will auf diese Weise das kurdische Volk zu einem Aufstand provozieren, um dann durch ein Blutbad "für Ruhe und Ordnung" zu sorgen.

Diese Tatsache wird auch von der bürgerlichen Opposition festgestellt. So erklärte der Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (Die Partei Ecevit's), Hasan Fehmi Günes, Ende April, daß die Politik der Demirel-Regierung in Türkei-Kurdistan darauf basiert, "die Masse der Bevölkerung einzuschüchtern". H.F. Günes, der in der letzten Ecevit-Regierung das Amt des Innenministers bekleidete, betonte, daß "eine solche Politik sehr gefährlich ist, weil sie die Bevölkerung der Region (gemeint ist das kurdische Volk - die Red.) zu einem Aufstand gegen die Regierung provoziert". Der ehemalige Innenminister fügte außerdem noch hinzu, daß die Demirel-Regierung durch ihre Haltung die kurdische terroristische Organisation (bekannt unter der Bezeichnung "Apocu") begünstigt.

**Unterricht in Muttersprache verboten**

Am 8. Mai 1980 wurde die "Partei der Werktätigen der Türkei" (TEP) von dem Verfassungsgericht in Ankara verboten, weil sie in ihrem Programm "kulturelle Autonomie" für das kurdische Volk und "Schulunterricht in kurdischer Sprache" gefordert hatte. Gerade weil die TEP lediglich einige dutzend Mitglieder hatte und ihr politischer Einfluß entsprechend gering war, zeigt dieses Verbot eindringlich, wie groß die Angst der Herrschenden in der Türkei vor selbst so elementar-demokratischen Forderungen ist. Nicht nur das: Deutlich wird auch die Aussichtslosigkeit dieser Politik. Niemand wird ein Millionenvolk auf die Dauer seiner natürlichsten Rechte berauben können.

## Künstlich erzeugte 'Verfassungskrise' soll den Vorwand zur Liquidierung der Republik liefern

Mitte Mai erreichte der generalstabsmäßig geplante und schrittweise verwirklichte Angriff auf die Verfassung eine neue Phase. Die reaktionäre Generalität, die Demirel-Regierung und ihre ausländischen Berater haben sich zum Ziel gesetzt, die unumschränkte Herrschaft der in- und ausländischen Monopole zu errichten. Dabei soll jedoch möglichst eine offene Militärdiktatur vermieden werden, da man nach den Erfahrungen der griechischen Obristen die Reaktionen der demokratischen Öffentlichkeit in Europa fürchtet. Ebenso wollen sie den weiteren Verfall des Ansehens der Armee in den Augen der Bevölkerung verhindern. Als Ausweg aus diesem Dilemma steuert die Demirel-Regierung ein Regime an, in dem der Schein einer parlamentarischen Demokratie aufrecht erhalten wird, aber die tatsächliche Macht in den Händen einer Vertrauensperson der Generalität und der Monopole konzentriert ist. Die parla-

**Parlament soll entmachtet werden**

mentarischen Institutionen sollen rein formal bestehen bleiben, sie werden jedoch durch Verfassungsänderungen völlig ausgehöhlt. Bei der Verwirklichung dieses Planes spielt die bewußt inszenierte Staatskrise um die Präsidentenwahl eine wichtige Rolle.

Seit zwei Monaten ist das Parlament in Ankara ausschließlich mit der Wahl eines neuen Präsidenten beschäftigt. Die Gerechtigkeitspartei Demirel's, die die zweitgrößte Fraktion im Parlament stellt, versucht gemeinsam mit der faschistischen MHP die Wahl möglichst in die Länge zu ziehen. Man will auf diese Weise den Vorwand zu einer umfassenden Verfassungsänderung künstlich produzieren. Nachdem im Parlament selbst nach über 70 Runden kein Staatspräsident gewählt werden konnte, sind am 14. Mai die konkreten Pläne zu einer drastischen Verfassungsänderung bekanntgegeben worden. Wie der Vorsitzende der Anwaltskammer von Istanbul, Orhan Apaydin, in einem Zeitungsartikel feststellt, läuft die beabsichtigte Änderung, die in einer Pressekonferenz in Ankara von zwei offensichtlich vorgeschobenen Politikern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, auf die Liquidierung der republikanischen Staatsverfassung hinaus. Es ist ein offenes Geheimnis in Ankara, daß die beiden selbsternannten "Verfassungsreformer", die nach eigenen Angaben mit keiner Partei in Verbindung stehen, lediglich Strohmannen der reaktionären Generalität und der Demirel-Regierung darstellen. Auf die Frage, wie sie sich die Verwirklichung ihrer "Reformpläne" vorstellen, da das Parlament wohl kaum die eigene Entmachtung beschließen würde, antworteten sie ganz unverblümt: *"Durch äußeren Druck auf das Parlament."*

**Kein Ergebnis  
trotz 70 Wahlgängen**

Der Staatspräsident soll nicht mehr vom Parlament, sondern unmittelbar von den Wählern gewählt werden. Die Rechte des Staatspräsidenten werden auf Kosten des Parlaments drastisch ausgeweitet, so daß die Republik faktisch in eine Ein-Mann-Herrschaft umgewandelt wird:

**Die vorgeschlagene  
Verfassungsänderung**

- Der Staatspräsident erhält das Recht, durch eigene Initiative den Notstand auszurufen. In diesem Fall soll der Staatspräsident nach gutdünken den Ministerpräsidenten und die anderen Minister ernennen und/oder ihrer Posten entheben können. Er soll eigenmächtig Verordnungen erlassen können, die Gesetzeskraft haben (ähnlich den Notverordnungen, mit denen Hitler die faschistische Diktatur legalisierte).
- Der Staatspräsident wird ermächtigt, die Auflösung des Parlaments verfügen zu können.
- Ferner soll sichergestellt werden, daß alle Gesetzesvorlagen der Regierung im Parlament bestätigt werden. Zu diesem Zweck kann die Regierung die Gesetzesvorlagen mit der Vertrauensfrage verbinden. Wenn das Vertrauen ausgesprochen wird, darf die Vorlage im Parlament nicht geändert oder abgelehnt werden. Falls jedoch die Regierung in der Vertrauensabstimmung scheitert, hat der Staatspräsident das Recht, das Parlament aufzulösen. Damit wird das Parlament völlig entmachtet. Doch selbst das scheint den "Reformern" nicht sicher genug zu sein, deswegen wollen sie auch das Wahlrecht in einer Weise "reformieren", die das Prinzip der freien Wahlen zu einer Farce macht. Demnach sollen die Wahlen zum Parlament in zwei Runden durchgeführt werden. Wenn in einem Stimmbezirk keine der Parteien in der ersten Runde die absolute Mehrheit der zustehenden Parlamentssitze erringen konnte, wird eine zweite Runde durchgeführt. An dieser zweiten Runde dürfen nur die Kandidaten von denjenigen zwei Parteien teilnehmen, die in der ersten Runde im Landesmaßstab die meisten Stimmen erhalten haben.

Und wozu wird das alles gemacht? "Zum Schutze der Demokratie" rufen die Demirel-Regierung und ihre ausländischen Gönner mit der ihnen eigenen Unverfrorenheit. Doch nichts zeigt besser ihre hoffnungslose Situation und entlarvt diese unverschämte Lüge als ihre eigenen Machenschaften. Die Angst vor der eigenen Bevölkerung sitzt ihnen tief im Nacken. Die unterdrückten und geplagten Menschen unseres Landes erkennen ihre Peiniger. Sie sind nicht mehr bereit, sich durch leere Versprechungen vertrösten zu lassen; mit hungrigem Magen zuzuschauen, wie eine kleine Minderheit sich hemmungslos bereichert. Darum ist die Angst von Demirel und den NATO-Strategen nur allzu berechtigt.

**"Schutz der Demokratie"  
Vorwand für Diktatur**

## Streikkämpfe werden trotz Kriegsrecht und Terror fortgesetzt

Unter äußerst schwierigen Bedingungen werden die Streikkämpfe der Metallarbeiter und der Textilarbeiter fortgesetzt. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft MADEN-IS hat wiederholt erklärt, daß sie zu Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen MESS bereit ist, jedoch eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht akzeptieren wird. Die MESS-Leitung, die von der Regierung unterstützt wird, besteht darauf, einen Abbau der Reallöhne und der anderen tariflichen Rechte zu erzwingen und droht mit einer landesweiten Aussperrung. Zur Zeit befinden sich in über 60 Betrieben mehr als 25 000 Metallarbeiter im Streik. Da die Metallarbeiter-Gewerkschaft MADEN-IS traditionell das Rückgrat der Arbeiterbewegung unseres Landes bildet, hat der Ausgang dieses Streikkampfes eine große politische Bedeutung, die weit über die Grenzen einer einzelnen Branche oder Tarifaueinandersetzung hinaus geht. Auch der Gegner ist sich dieser Tatsache durchaus bewußt. Die streikenden Kollegen müssen nicht nur angesichts der Preissteigerungen von über 100 % im Jahr mit äußerst geringen Streikgeldern auskommen. Sie werden auch von den Kriegsrechtsbehörden und von der Polizei ständig behindert und bedroht. Zahlreiche Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet. Der faschistische Terror richtet sich in erster Linie gegen sie. Die gesamte Rechtspresse, der staatliche Rundfunk und das Fernsehen und die Maoisten überschwemmen sie mit einer wahren Propagandaflut. Wenn sie dennoch mit Entschlossenheit, Disziplin und Mut ihren Streik fortführen, so liegt es zweifellos daran, daß sie sich der Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr bewußt sind. Die Metaller vertrauen ihrer kampferprobten Gewerkschaft, die zuletzt 1977 einen achtmonatigen Streik gegen MESS erfolgreich zu Ende führte. Eine nicht minder wichtige Rolle spielt die Solidarität der demokratischen Kräfte der Türkei und die internationale Solidarität. Um unseren Lesern eine Vorstellung davon zu geben, wie diese Solidarität konkret aussieht, zitieren wir ein Beispiel aus Izmir:

**25.000 Metaller  
im Streik**

Bauern besuchen streikende Metaller. Ende April besuchten Bauern aus den Dörfern um Manısa, Kirkagac, Soma, Akhisar, Saruhanlı, Seferihisar, Urla, Madenler und Mene-men die dem "Bauernverband der Agäis" (EGE-KÖY-DER) angehören, drei bestreikte Betriebe der Metallindustrie in Izmir und brachten den Metallern landwirtschaftliche Produkte, darunter Tomaten, Salat, Butter, Eier, Tee, Reis und Zigaretten mit. Einige der Delegationen konnten ihre Geschenke nicht überbringen, da diese von den Kriegsrechtsbehörden beschlagnahmt worden waren. Die Ankunft der Bauern wurde von zahlreichen Jugendlichen, Ärzten, von Beschäftigten des Gesundheitswesens und von Lehrern erwartet, die sich an den Streiklokalen versammelt hatten. Die Anwesenden riefen: "Arbeiter und Bauern Schulter an Schulter in der nationaldemokratischen Front" und "Es lebe das Bündnis der Arbeiter und Bauern".

**Bauern besuchen  
streikende Metaller**

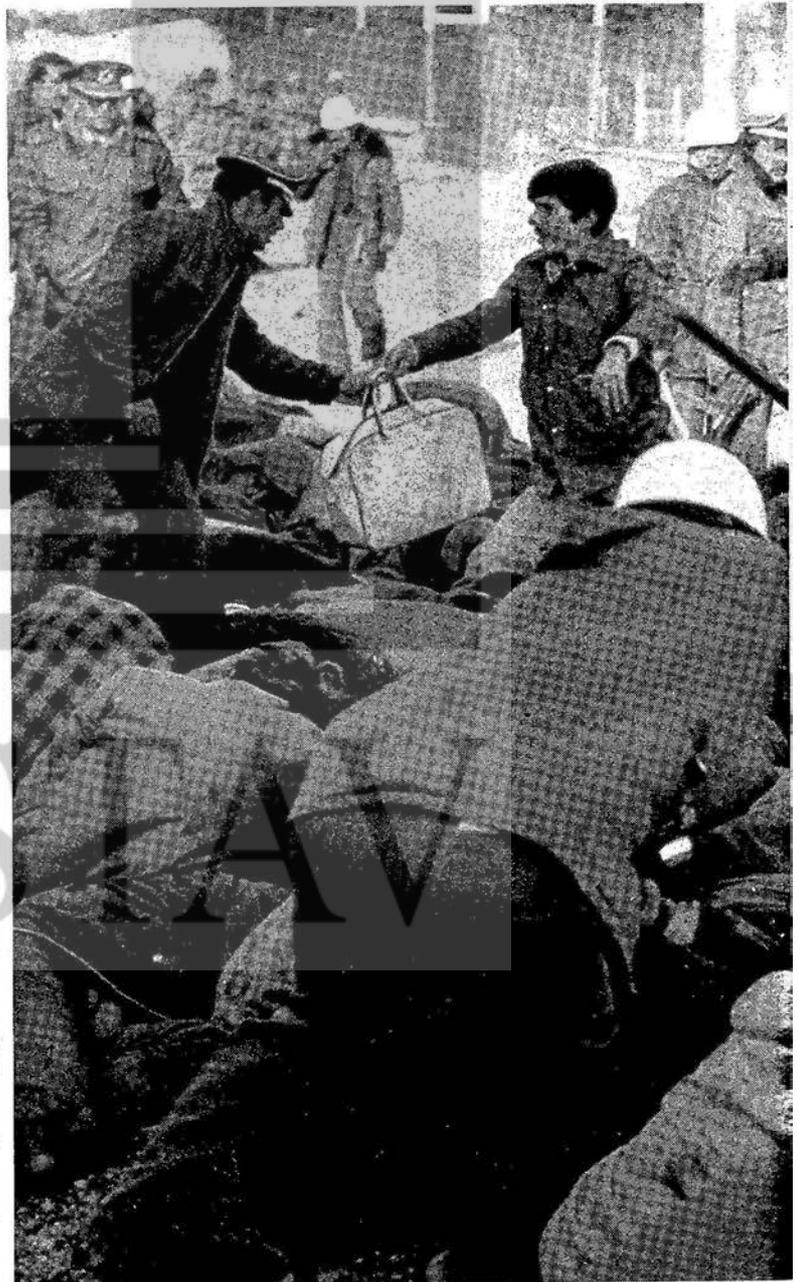
in einer Ansprache betonte der Vorsitzende des Bauernverbandes EGE-KÖY-DER, Ismail Kayhan, daß der Feind der Arbeiter auch der Feind der Bauern ist. Er lud alle Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerkschaft MADEN-IS in ihre Dörfer ein und sagte: "Genauso wie die Zwiebel, die wir für 4 Lira (türkische Währungseinheit - die Red.) pro kg abgeben müssen, in den Städten zu einem Preis von 75 Lira pro kg verkauft wird, verlangt man für den Traktor, den ihr hier zu einem Selbstkostenpreis von 100 000 Lira baut, von uns den mehrfachen Preis. Kommt seid unsere Gäste. Berichtet über euren berechtigten Streik. Erzählt uns, wie eine Schraubenmutter, die ihr für 5 Lira herstellt, uns für 75 Lira verkauft wird."

Auf diese Weise wird nicht nur die Zuversicht und die Entschlossenheit der streikenden Kollegen gestärkt, die Solidaritätsaktionen dienen auch dazu, tausende von Bauern über die Hintergründe und Ziele des Streiks und die Ursachen der gegenwärtigen Krise aufzuklären. Sie erkennen ihre eigene Lage. Um mit Berthold Brecht zu sprechen: Wer sollt sie dann noch aufhalten können?

- Für diejenigen, die unsere Arbeit mit einer Solidaritätsspende unterstützen wollen, geben wir eine Spenden-Konto an:  
FIDEF, Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Konto-Nr: 1 555 823 400

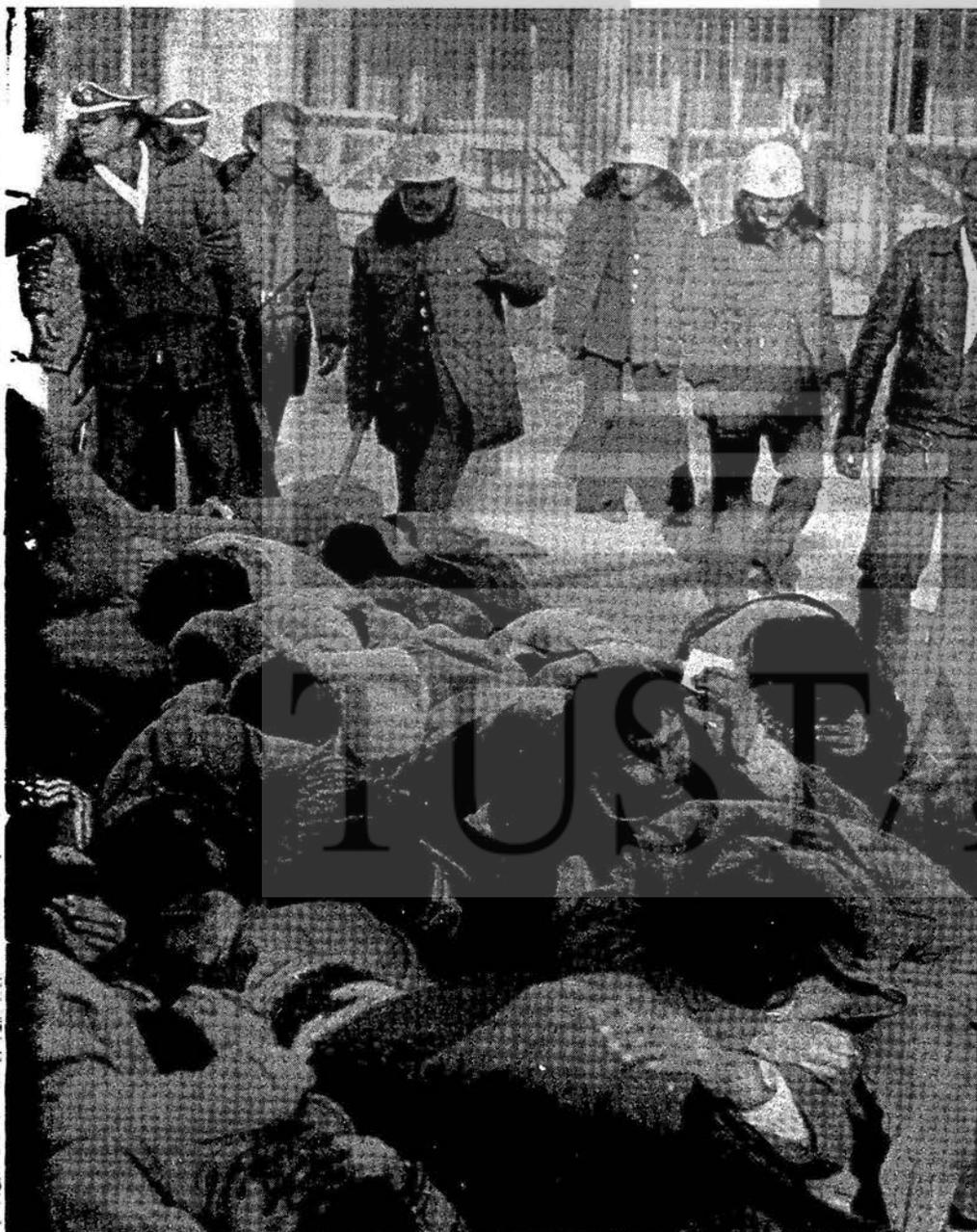


# DER ANGRIFF AUF TARIS / IZMIR WAR EIN SIGNAL...



Oben: Kollegen und Kolleginnen der Taxis  
Werke warten kauernd auf den  
Abtransport- das Stadion.  
Unten: Eine Arbeiterin wird aus der  
Spinnerei raus gezerrt.

**Sturmangriff auf die Arbeiter-  
siedlungen um TARIS-WERKE.**



In unserem letzten Heft hatten wir über die Hintergründe des Angriffs auf die Taris-Werke in Izmir (Ende-Januar) berichtet. Der Sturmangriff von 10.000 Soldaten auf die 3000 Streikenden sollte den Widerstand der Kollegen und Kolleginnen gegen die Verwandlung ihres Betriebes in einen Stützpunkt der "grauen wölfe" brechen. Diese Fotos vermitteln nur einen ungenügenden Eindruck von der Brutalität der "Sicherheitskräfte". Für solche Einsätze werden "zuverlässige" faschistische Polizisten ausgesucht.

**Vor dem Abtransport erhalten die Arbeiter einen Vorgeschmack von dem, was sie im Stadion erwartet.**

## Niederlage für Demirel-Regierung: Landesweite Aktionen zum 1. Mai

In der Türkei wurden die Maikundgebungen schon 1924 verboten. Der 1. Mai wurde zwar als ein Feiertag beibehalten, doch er wurde zum "Frühlingsfest" umbenannt. 52 Jahre nach dem Verbot, im Jahre 1976, wurde das Verbot des 1. Mai durchbrochen! an der Kundgebung in Istanbul beteiligten sich über eine halbe Million Menschen. Auch 1977 begingen die Werktätigen den 1. Mai in Istanbul. Im Anschluß an die Kundgebung wurden die Teilnehmer von der Geheimpolizei und von den maoistischen Gruppen angegriffen. Das Resultat: 36 Tote und mehrere Hunderte Verletzte. Obwohl die 1. Mai-Kundgebung im Jahre 1977 mit einem Blutbad endete, wurde in den folgenden Jahren der 1. Mai von hunderttausenden Werktätigen gefeiert.

Dieses Jahr zeigte sich die Demirel-Regierung von Anfang an entschlossen, die 1. Mai-Kundgebung zu verhindern. Bereits Monate vorher erklärte sie, daß der "kommunistische Feiertag" (gemeint ist der Tag der Arbeit - die Red.) nicht stattfinden wird. Entsprechend wurden die Anmeldungen des Progressiven Gewerkschaftsverbandes (DISK) für die 1. Mai-Kundgebungen zurückgewiesen.

**Razzien auf  
Gewerkschaftsbüros**

Die Demirel-Regierung fürchtete den Protest der Werktätigen gegen das "Hungerprogramm" und gegen die zunehmende Abhängigkeit des Landes vom Ausland, insbesondere von den USA. Diese Befürchtung schlug in eine brutale Unterdrückung um. Bereits Anfang April wurden die Adressen der führenden Gewerkschafter und Betriebsräte festgestellt. Man stellte umfangreiche Verhaftungslisten zusammen. Die Streiklokale der Arbeiter wurden angegriffen und zahlreiche Arbeiter wurden ohne Grund verhaftet. 18 Vorstandsmitglieder des Progressiven Jugendverbandes IGD wurden am 16. April festgenommen. Sie wurden zuerst im Polizeipräsidium und später im Militärgefängnis gefoltert. Einige Tage später, am 24. April, wurden Razzien auf die Büros der Gewerkschaften und der Berufsverbände durchgeführt. Im Rahmen dieser großangelegten Aktion haben sie:

- den 1. Bezirk des Progressiven Gewerkschaftsbundes (DISK),
- den 2. Bezirk der Metallarbeitergewerkschaft (MADEN-IS),
- den 4. Bezirk der Gewerkschaft der Banken, Handel und Versicherungen (BANK-SEN),
- die Zentrale der Gewerkschaft der Raffinerie-Arbeiter (PETKIM-IS),
- die Zentrale der Gewerkschaft der Bergbau-Arbeiter (DEV-MADEN-IS),  
die Zentrale der Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (GENEL-IS),
- die Zentrale der Gewerkschaft der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen (SOSYAL-IS)
- die Zentrale der Arbeiter des Pressewesens (YENI HABER-IS),
- die Zentrale der Berufskammer der Architekten und Bauingenieure (TMMOB),
- die Zentrale der Berufskammer der Maschinenbau-Ingenieure,
- die Zentrale des Verbandes der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, (GENEL-DER),
- die Zentrale des Verbandes der Bankangestellten (BANK-DER),  
überfallen und bisher unbekannte Anzahl von Bürgern festgenommen.

In mehreren Provinzen der Türkei fanden gegen diese Unterdrückung Protestaktionen der Bürger statt. Die Regierung und die Kriegsrechtsbehörden gingen gegen die Protestbekundungen mit großen Polizei- und Armee-Einsätzen vor. In Ankara wurde auf die Teilnehmer einer Kundgebung geschossen. Dabei wurde eine Frau getötet und weitere drei Personen zum Teil schwer verletzt. Über 1.300 Menschen wurden festgenommen. Die Beschäftigten der Rentenanstalt für den öffentlichen Dienst legten die Arbeit nieder. Auch diese Protestaktion wurde mit dem massiven Eingreifen der Sicherheitskräfte beantwortet. In Ankara protestierten Lehrer mit einer Kundgebung vor dem Bildungsministerium gegen das Verbot des 1. Mai. Fast in allen Universitäten und Gymnasien gingen Lehrer, Studenten und Schüler nicht in den Unterricht. Statt dessen veranstalteten sie Foren, in denen sie die Aufhebung des Verbots des 1. Mai forderten.

**DISK:  
landesweite  
Arbeitsniederlegung**

Der Progressive Gewerkschaftsbund DISK beschloß aufgrund des brutalen Vorgehens der Regierung und des Kriegsrechts am 30. April landesweit die Arbeit niederzulegen. Die meisten Arbeiter und Angestellten befolgten den Aufruf des DISK, so daß in allen größeren Betrieben die Produktion gestoppt wurde: Auch die städtischen Arbeiter und Angestellten nahmen am 30. April an der Arbeitsniederlegung teil. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die z.Zt. enormen Repressalien ausgesetzt sind, beteiligten sich mit einem Bummelstreik an dem landesweiten Widerstand.

In Siirt, einer Stadt in Türkei-Kurdistan unterstützten die Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Schüler und Studenten den Generalstreik am 30 April 1980. Die Beschäftigten des staatlichen Krankenhauses und des Ministeriums für Aufbau und Entwicklung beteiligten sich mit Arbeitsniederlegungen an dem landesweiten Streik. Schon in den frühen Morgenstunden wurden 1500 Kommandosoldaten im Stadtzentrum eingesetzt. Alle Ein- und Ausfahrten der Stadt wurden durch die Armeeposten kontrolliert. Wie in vielen Städten wurden auch in Siirt Verhaftungslisten der Beamten, Lehrer, Arbeiter und Schüler zusammengestellt.

Trotz der massiven Verfolgungskampagne der Regierung und der Kriegsrechtsbehörden wurde der 1. Mai in der ganzen Türkei in verschiedenen Formen gefeiert. Zahlreiche Kundgebungen, Streikbesuche, Saalveranstaltungen, Straßenaktionen wurden durchgeführt. So wurden z.B. in den Provinzen Mersin, Antalya, Bursa und Ordu Kundgebungen organisiert. Auf der Kundgebung in Mersin sprach ein Vorstandsmitglied des DISK zu den Arbeitern. Er wurde nach der Veranstaltung festgenommen. In Antalya hat die Polizei Teilnehmer der Kundgebung angegriffen. Dabei wurde ein 10-jähriges Kind erschossen. 260 Personen wurden festgenommen. An dem Grab des am 1. Mai 1977 ermordeten Arbeiters Bayram Citak wurde eine Gedenkveranstaltung durchgeführt, auf der die Frau des Ermordeten sprach. Tausende von Menschen besuchten die Streiklokale der bestreikten Betriebe. Gemeinsam mit den streikenden Arbeitern feierten sie den 1. Mai.

**1. Mai in  
Türkei-Kurdistan**

Mitglieder und Leiter des "Zeitgenössischen Journalistenverbandes" begingen ebenfalls den 1. Mai mit den streikenden Arbeitern. In fast allen Arbeitervierteln der größeren Städte wurden spontane Straßenveranstaltungen organisiert.

**Keine Arbeit am 1. Mai  
trotz Zusage  
dreifachen Lohnes**

In Ankara wurde den Beschäftigten der Dorfelektrifizierungswerke angeboten, am 1. Mai für den dreifachen Stundenlohn zu arbeiten. Jedoch liessen sich die Arbeiter nicht davon beeindrucken und erschienen am 1. Mai nicht am Arbeitsplatz. Der Direktorat der Elektrifizierungswerke leitete darauf hin Beschwerdeverfahren gegen die Arbeiter und Schichtführer ein. Es wurde kurz darauf bekannt, daß die Schichtführer ihrer Posten erhoben wurden.

In Salihli führten die Arbeiter eine spontane Veranstaltung durch, auf der sie Gedichte vortrugen und Reden hielten. In Cukuroba bei Salihli haben die Bauern ein Transparent mit der Aufschrift "Freiheit für die Kommunistische Partei der Türkei (TKP)" im Dorf aufgestellt.

**Bauern fordern:  
"Freiheit für die TKP"**

Der 1. Mai 1980 wurde damit ein Ausdruck der Entschlossenheit der Werktätigen unseres Landes, sich nicht dem Terror und der Unterdrückung zu unterwerfen.

Er legte auch einen weiteren Meilenstein für die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte. Kommunisten, Mitglieder der Arbeiterparteien, kurdische Demokraten, Mitglieder der Republikanischen Volkspartei betonten die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens.

Der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP) rief die Arbeiter auf, sich nicht an den 1. Mai-Veranstaltungen zu beteiligen. Doch diese Haltung stieß in den Reihen seiner eigenen Partei auf Unverständnis und Empörung. Während der Ex-Ministerpräsident eine Stillhalte-Politik vorschlug, reagierte eine große Anzahl von CHP-Abgeordneten mit scharfen Protesten gegen das Verbot des 1. Mai. So erarbeiteten 39 Abgeordnete der CHP eine Gesetzesvorlage, die die gesetzliche Verankerung des 1. Mai als "internationalen Kampftag der Arbeiter" vorsieht. In diesem Sinne besuchten 22 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei das DISK-Bezirksbüro in der Hauptstadt. Bei dem herzlichen Empfang betonten sie ihre Solidarität mit den Werktätigen unseres Landes und verurteilten das Verbot der 1. Mai-Kundgebungen.

**Ecevit gegen die  
1. Mai-Kundgebungen**

## Mit 61 US-Stützpunkten, die Türkei Pulverfaß im Nahen Osten.

Die Türkei stellt als NATO-Mitglied den größten Teil ihrer Streitkräfte der NATO zur Verfügung. Die meisten Stützpunkte des Heeres, der Marine und der Luftwaffe stehen unter dem Kommando der NATO.

Zusätzlich zu den NATO-Stützpunkten befinden sich in der Türkei 61 Basen der USA. Diese US-Basen lassen sich in folgende Kategorien aufteilen:

- Stützpunkte für elektronische Spionage
- Stützpunkte des US-Luftüberwachungssystems NADGE
- Stützpunkte des militärischen Nachrichtennetzes der USA (Relaisstationen)
- US Luftwaffenstützpunkte
- US Waffendepots für Atom- und Wasserstoffbomben
- Logistische Stützpunkte der USA
- US-Militärmissionen

Das Wesen und die Tätigkeit dieser Stützpunkte werden durch zweiseitige Abkommen mit den USA "geregelt". Nach dem neuesten, noch nicht ratifizierten Abkommen stehen die Stützpunkte dem Schein nach unter dem Befehl eines türkischen Offiziers. Dieser hat jedoch keine Befehlsgewalt über den eigentlichen Stützpunktbereich, der einem amerikanischen Offizier unterstellt wird.

Die Demirel-Regierung behauptet allen Ernstes, die Benützung dieser Stützpunkte durch die USA wäre der Kontrolle der zuständigen türkischen Stellen unterworfen. Man werde z. B. einen Angriff auf Iran vom türkischen Boden aus nicht zulassen.

Doch die bisherigen Erfahrungen, die einschlägigen Publikationen der USA und der Charakter dieser Stützpunkte beweisen das Gegenteil. Die technischen Anlagen in den Stützpunkten sind äußerst kompliziert und zählen zu den meist gehütetsten Geheimnissen vom Pentagon. Die Auswertung der gesammelten Daten erfolgt in den USA. Die Amerikaner werden nicht im Traume daran denken, türkische Offiziere in diese "Arbeit" einzuweißen.

Die in der Türkei stationierten Düsenbomber der USA können weite Gebiete der UdSSR (bis einschließlich Moskau und das strategisch wichtige Gebiet um den Aralsee) mit Kernwaffen bombardieren. Es wäre mehr als töricht zu erwarten, daß die US-Regierung, die nicht einmal (wie gesetzlich vorgeschrieben) die Spitzen des eigenen Parlaments über ihre "Überraschungsangriffe" (wie zuletzt in Iran) informiert, in einem solchen Fall zuerst die Erlaubnis der türkischen Regierung einholen würde. Und da wir an der Intelligenz des Ministerpräsidenten Demirel nicht zweifeln können, müssen wir davon ausgehen, daß er vorsätzlich lügt (was nicht zum ersten mal wäre).

Bezüglich der amerikanischen Luftwaffenbasis in Incirlik-Adana erklärte der Senator Tunckanat, ein ehemaliger Geheimoffizier, gegenüber der Presse folgendes:

"In dem Luftwaffenstützpunkt in Incirlik befinden sich der strategischen Luftwaffe der USA angehörende Düsenjäger mit Atom- und Wasserstoffbomben. Ferner gibt es Düsenjäger-Geschwader für die Verteidigung des Stützpunktes. Hier ist auch amerikanisches Personal untergebracht, das für die logistische Unterstützung und Wartung der Flugzeuge verantwortlich ist. Auch wenn durch die offiziellen türkischen Stellen bestritten wird, daß die aus diesen Stützpunkten abfliegenden Flugzeuge ohne die Genehmigung der türkischen Regierung unsere Nachbarländer angreifen können, kann man auf keine Weise kontrollieren, wohin diese Flugzeuge nach dem Start fliegen. Heute ist es möglich, daß aus Incirlik ausgeflogene Düsenjäger nach Angriff eines tausend Kilometer entfernten Ortes zum gleichen oder zu einem anderen Stützpunkt zurückkehren. Denn die türkischen Stellen verfügen über kein Kommando- und Befehlsrecht."

**Senator Tunckanat:  
Regierung kann die  
Stützpunkte nicht  
kontrollieren**

Tunckanat wies in seiner Erklärung auch auf die Gefährlichkeit der US-Stützpunkte hin: "Es ist eine Tatsache, daß die Stützpunkte in der Türkei nach den jüngsten Ereignissen im Iran für die USA an Bedeutung gewinnen. Das bedeutet für uns ein großes Risiko. Denn die Stützpunkte in der Türkei und die umliegenden Städte werden in der

ersten Etappe eines Krieges zerstört. Und die Hilfe, die die Regierung für die eigene Verteidigung erhält, bedeutet neben diesem Risiko ein Nichts.“

Gerade deshalb, weil die Benutzung dieser Stützpunkte nicht den Verteidigungsinteressen der Türkei entsprechen, wurden die abgeschlossenen Verträge nicht vollständig dem Parlament vorgelegt. Die Zusatzabstimmungen, die den gefährlichen Charakter der Verträge offenbaren, wurden von der Öffentlichkeit ferngehalten. Demnach können die USA bei inneren Auseinandersetzungen in der Türkei eingreifen. Ebenso können sie die Stützpunkte gegen die Länder im Nahen Osten und unsere sozialistischen Nachbarn, insbesondere gegen die Sowjetunion, einsetzen.

Diese Einschätzung wurde durch die Ereignisse bestätigt. In dem jüngsten gescheiterten Angriff der USA gegen Iran wurden die US-Stützpunkte in der Türkei benutzt. Trotz aller Dementis von der Regierungsseite gibt es hierzu handfeste Fakten. So wurden alle türkischen Angestellten der amerikanischen Botschaft in Ankara während des Überfalls auf Iran für zwei Tage "beurlaubt". Offensichtlich diente die Botschaft als Nachrichtenzentrale für die "Operation". Zwei der bei dem Angriff benutzten Transportflugzeuge landeten mit voll ausgerüsteter Mannschaft auf der US-Luftwaffenbasis Erhac bei Malatya/Türkei. Der Befehlshaber der militärischen Aktion landete nach dem Überfall in Incirlik. Diese Tatsachen wurden sowohl durch die israelische Presseagentur GURDUS als auch durch den Generalsekretär der drittgrößten Partei im Parlament, der Nationalen Heilspartei (MSP), Asiltürk, bestätigt

Asiltürk erklärte der Presse gegenüber: "Am 28. 4. 1980 landeten zwei US-Transportmaschinen mit 90 Insassen und entsprechender Kampfausrüstung in Erhac bei Malatya. In diesen Tagen herrscht im Mittleren Osten eine große Spannung. Die USA leitet trotz Zusicherungen gegenüber den EG-Ländern einen militärischen Angriff gegen den Iran ein. Unter diesen Umständen kann mit den militärischen Anlagen und Flugplätzen in der Türkei, die in den Rahmen des NATO-Bündnisses zählen, das gleiche passieren."

Zur Zeit konzentrieren die USA unter dem Vorwand des NATO-Manövers "dawn patrol" weitere Truppen und Ausrüstungen in ihren Stützpunkten auf türkischem Boden. Es ist anzunehmen, daß bei einem erneuten Vorgehen gegen den Iran diese Truppen eingesetzt werden. Unser Land wird zu einem Brückenkopf der USA im Nahen Osten und zum Gefahrenherd für die ganze Welt.

Die Völker der Türkei sind nicht bereit, als Kanonenfutter für die abenteuerliche Politik eines Carter oder eines anderen US-Präsidenten zu fungieren. Die Interessen unseres Landes verlangen freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn und vor allem Frieden. Selbst viele der Anhänger Demirel's sind gegen die Anwesenheit von amerikanischen Truppen und Stützpunkten in der Türkei. Nur in der gegenwärtigen Atmosphäre der Unterdrückung, gestützt auf Kriegerrecht und Terror, konnte die Demirel-Regierung es wagen, das betreffende Abkommen mit den USA zu unterzeichnen. Darum wird die Herstellung der Demokratie in der Türkei unweigerlich mit der Säuberung unserer Heimat von allen US- und NATO-Stützpunkten verbunden sein.

Ex Innenminister  
Asiltürk:  
US-Basen in der Türkei  
bei Iran Überfall benutzt

USA konzentrieren  
Truppen  
in der Türkei

## Anti-Kommunistische Hysterie treibt wilde Blüten



Der Vorstand der Rundfunk- und Fernsehanstalten der Türkei (TRT) verbot das Programmzeichen "SPOR". Dieses Zeichen hing monatelang hinter dem Sportsprecher im Fernsehen, bis in ihm der Regierungsvertreter im Vorstand der TRT eine "kommunisti-

sche Propaganda“ entdeckte. Nach dem Vorstellungsvermögen des Herrn Regierungsdirektors Mukbil Özyörük sieht das “S“ einer Sichel und das “P“ einem Hammer sehr ähnlich. Somit war die “kommunistische Propaganda“ perfekt und es mußte sofort Abhilfe durch Verbot geschaffen werden. Wir konnten bis heute nicht ermitteln, ob gegen den Grafiker Strafanzeige nach dem Paragraphen 142 erstattet wurde.

Die antikommunistische Hysterie in der Türkei geht soweit, daß die haupt- und ehrenamtlichen Kommunistenjäger an jeder passenden und unpassenden Stelle einen Kommunisten oder kommunistische Propaganda zu erblicken glauben.

Leider führt der Antikommunismus nicht immer zu solchen tragikomischen Resultaten. In den allermeisten Fällen ist der Antikommunismus eine Waffe, die sich gegen die demokratischen Kräfte unseres Landes richtet und langjähriges Gefängnis und Folter für fortschrittliche Menschen bedeutet.

Die Paragraphen 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches dienen vor allem zum Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Sie ist die einzige noch verbotene KP in Europa. Doch richtet sich der Antikommunismus nicht nur gegen Kommunisten. Unten zitieren wir beispielhaft zwei Fälle aus der jüngsten Zeit:

Die Vorsitzende der “Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP) wurde wegen ihrer Fernsehansprache anlässlich der Wahlen am 14. Oktober 1977 vor Gericht gestellt. Ihr wurde nach dem Paragraphen 142 des türkischen Strafgesetzbuches kommunistische Propaganda zur Last gelegt. Ihre Verteidiger plädierten für die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen 142 durch das Verfassungsgericht. Das I. Militärgericht der Kriegsrrechtskommandantur in Ankara vertagte die Verhandlung auf den 25. Juni 1980, um diesen Antrag der Verteidigung zu untersuchen. Nach Angaben des Pressebüros der TIP erreichte die Solidarität mit Boran (Vorsitzende der “Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP) internationale Ausmaße.

Verlagsleiter der “Temel Yayinlari“, Aytac Eryilmaz, mußte ein Jahr wegen einer Broschüre ins Gefängnis. Er war am 29. April 1979 wegen der 1.Mai-Broschüre festgenommen worden. Auch ihm wurde “kommunistische Propaganda“ vorgeworfen. Nach seiner Verhaftung hatte die Staatsanwaltschaft wegen Verletzung des Paragraphen 142 Klage erhoben. Das zuständige Militärgericht hatte jedoch “Nichtzuständigkeit“ beschlossen, da der Paragraph 142 außerhalb des Geltungsbereiches des Kriegsrechtes sei. Dieses Urteil wurde durch das Oberste Militärgericht aufgehoben. Das Verfahren gegen Eryilmaz ist noch nicht beendet. Vorerst hat er ohne eine Verurteilung ein Jahr im Gefängnis verbracht.

**Kommunisten-jäger  
sehen überall  
“ROT”**

**Wegen 1.Mai- Brochüre  
1 Jahr Haft ohne  
Verurteilung**

## **Kommunistische Partei der Türkei gegen NATO**

Wie in der türkischen und internationalen Presse berichtet wurde, fand Anfang Mai eine Plenartagung des Zentralkomitees der TKP (Kommunistische Partei der Türkei) statt. Auf dieser Tagung wurde “die Verschärfung der internationalen Beziehungen aufgrund der aggressiven Politik des US-Imperialismus und die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Präsenz des US- und NATO-Stützpunkte in der Türkei“ hervorgehoben.

Beachtenswert ist ferner die Tatsache, daß die TKP “den wachsenden Druck des Imperialismus gegenüber der Türkei und die Umwandlung des Regimes in eine halb-militärische Gewaltherrschaft sowie die Vertiefung der ökonomischen Krise“ feststellt. Als aktuelle Fragen wurden die Probleme der “Bildung einer national-demokratischen Front“, der “Herstellung der demokratischen Aktionseinheit gegen die volksfeindliche Politik der Demirel-Regierung“ und die wachsende “Aktionseinheit zwischen den verschiedenen Parteien der Arbeiterklasse“ behandelt. Ebenso wurden in der Frage der Einheit der Frauen-, der Jugend- und der Friedensbewegung sowie in der nationalen Frage (d.h. kurdische Frage) Beschlüsse gefaßt.

Wie bekannt, ist die TKP, die im September dieses Jahres ihren 60. Gründungsjahr begehen wird, die einzige noch illegale KP in Europa.



zurückzuziehen. Diese Lehrer werden in die Heimat gerufen und die neuen werden einer Prüfung unterzogen.

Die Lehrer, die im Ausland die türkischen Kinder unterrichten, haben sich nach Informationen der Erziehungsräte sowie der Beobachter, die aus der Türkei geschickt wurden, so benommen, als wären sie Vertreter der Linken oder Vertreter derer, die in der Türkei in der Minderheit sind, und sich mit den Spaltern solidarisiert und Propaganda betrieben haben. So lautet die Information der Botschaftsleute und der anderen offiziellen Kreise. Diese Lehrer werden nie wieder ins Ausland geschickt.

Die neu im Ausland einzustellenden Lehrer werden am 3. Juni 1980 an einer Prüfung teilnehmen. Welche Lehrer an dieser Prüfung teilnehmen können, ist inzwischen mit einem Statut festgelegt worden.

Die in den Auslandsdienst wollenden Lehrer sollen den Antrag bei ihren Schulämtern in den Provinzen einreichen. Die Antragsformulare sind von den Erziehungsdirektoren zu bekommen. Ein vom Erziehungsdirektorium, dem Schulamt, beauftragtes Sonderkomitee befaßt sich mit den Bewerbungen um festzustellen, ob die Voraussetzungen erfüllt werden.

Die erste Pflicht bzw. Aufgabe der im Ausland arbeitenden Lehrer wird darin liegen, den im Ausland lebenden Kindern die nationale Kultur einzuprägen und ferner weiter zu fördern, so daß sie die Integration in die heimatliche Schulbildung kriegen können, wenn sie zurück in die Heimat wollen.

Die Lehrer, die sich für den Auslandsdienst beworben haben, müssen dazu beitragen, daß die Schüler sowie Jugendlichen ihre Muttersprache türkisch nicht verlernen, daß sie Kontakte zu der Heimatkultur nicht verlieren oder, daß sie nicht entfremdet werden. Das Statut schreibt folgendes vor für die betreffenden Lehrer:

1. Mindestens sieben Jahre im Dienst gearbeitet haben
2. Nicht älter sein als 42 Jahre.
3. Seinen Militärdienst abgeleistet zu haben (Für Männer).
4. Vorher nicht dienstlich im Ausland gewesen zu sein.
5. In den letzten fünf Jahren im Dienst keinen Bericht über unzureichende Berufskennnisse bekommen zu haben und nicht bestraft worden zu sein.
6. Keine private und familiäre Schwäche zu besitzen, die ihn im Auslandsdienst beeinflussen könnte.
7. Berechtigt sein, unseren Staat (in der Fremde) vertreten zu können.
8. Diejenigen, die sich um eine Stelle an Kindergärten bzw. um die vorschulische Erziehung bewerben, sollen die Berufshochschule für Mädchen oder die Technische Lehrerschule für Mädchen absolviert oder von den vergleichbaren Fachrichtungen der Universitäten ausgebildet worden sein.
9. Die Lehrer, die an dieser Prüfung teilnehmen wollen, sollen die Bewerbungsunterlagen bis zum 29. April 1980 den Schulämtern einreichen oder an die Schuldirektoren ihrer Schulen zwecks Weiterleitung überreichen.

Nach dem Statut müssen die Lehrer, welche die schriftliche Prüfung bestanden haben, zusätzlich an einer mündlichen Prüfung teilnehmen.

Nur stramme Nationalisten als Lehrer gefragt

#### Terror im Mainzer Hauptbahnhof

### “GRAUE WÖLFE” schlugen in Mainz zu: 5 VERLETZTE

Am Pfingstsonntag (25. 5. 1980) sah es im Mainzer Hauptbahnhof wie im Wilden Westen aus. Etwa 80 aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik wie Ulm, Bingen usw. eingereiste “Graue Wölfe“ terrorisierten die Reisenden. Ein Sack voller Ketten, Stöcke und Eisenstangen wurde in die Mitte der Bahnhofshalle geworfen. Die “Grauen Wölfe“ bedienten sich daraus und machten sich an die anwesenden Türken. Alle Schwarzhaarigen hatten Pech, denn die Opfer wurden nicht ausgesucht. Viele der Überfallenen wurden ernsthaft verletzt. Obwohl dieser Angriff mitten am helllichten Tag



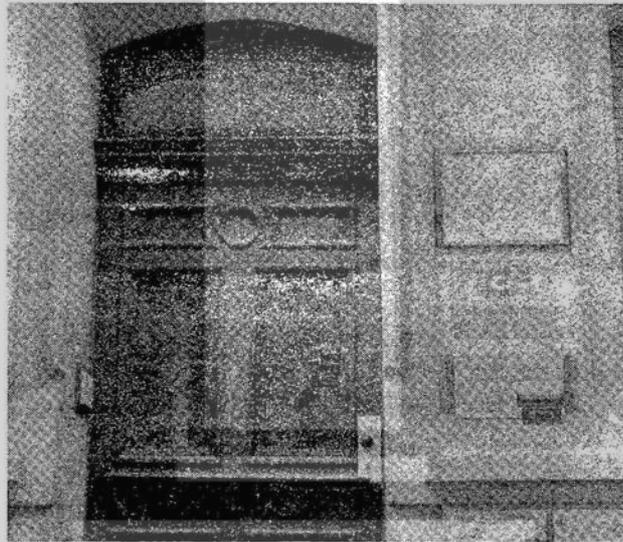
stattfand und nicht etwa am Stadtrand sondern im Hauptbahnhof, konnte keiner der Täter gefaßt werden. Erstaunlich unbekümmert verhielt sich die Polizei. Sie war noch nicht einmal bereit Journalisten gegenüber eine Erklärung abzugeben.

Bevor die "Grauen Wölfe" den Hauptbahnhof überfielen, hatten sie ein Kino aufgesucht, in dem ein türkischer Film vorgeführt werden sollte. Als der Kinobesitzer merkte, daß etwas passieren würde, ließ er kurzerhand die Filmvorstellung ausfallen. Dennoch verteilten die "Grauen Wölfe" Hetzblätter an die heimkehrenden Kinobesucher-

**Zuerst wurden die Kinobesucher überfallen**

Einige, die diese Flugblätter nicht nehmen wollten, wurden brutal niedergeschlagen. Die Polizei hielt es nicht einmal für nötig, sich nach den Angreifern zu erkundigen: sie nahmen einen der Überfallenen mit, ließen ihn aber nach kurzer Zeit wieder laufen.

Nur einige Tage davor, am 20. 5. 1980, hatten die Faschisten drei türkische Arbeiter überfallen, die am Straßenrand ihr Auto reparierten. Die namentlich identifizierten "Grauen Wölfe" Mehmet Yildizgördü und Bekir Ersöz schlugen mit Messern, Schraubenziehern und Stangen auf Levent Tuncer und seine zwei Freunde ein. Tuncer mußte wegen Messerverletzungen und seine Freunde wegen Prellungen ambulant behandelt werden. Die Angreifer hatten einen Ausweis und ein Messer am Tatort liegengelassen.



Breidenbachstr 4.  
Von hier aus werden die  
Angriffe der "grauen  
Wölfe" in Mainz  
gesteuert.

Eines der Opfer ging zusammen mit den Polizisten zu dem der "Türk-Föderation" angeschlossenen "Islamischen Kulturverein" der "Grauen Wölfe". Dort identifizierte er die Angreifer, worauf einer von ihnen mit seinem Messer, das er bei dem Überfall benutzt hatte, festgenommen wurde. Er wurde jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Bereits am 18. 2. 1980 hatten die "Grauen Wölfe" den Studenten Haydar Yüzüglü und seinen Vater mit Messerstichen verletzt.

Des öfteren wurden die Verantwortlichen auf die Angriffe und Aktivitäten der "Grauen Wölfe" in Mainz aufmerksam gemacht. Schon 1977 hatte die Zeitung der "Vereinigung der Arbeiter aus der Türkei e.V." in Frankfurt, "Isci Birligi", über die Karatekurse in dem "Islamischen Kulturverein" berichtet.

Über die Beziehungen der "Grauen Wölfe" mit der MHP bestehen keine Zweifel. So berichtete die rechtsextreme türkische Tageszeitung "Tercüman" über den Besuch des MHP-Abgeordneten aus Elazi, Tahir Solmaz, bei dem "Islamischen Kulturverein". Trotz aller Apelle wurde nicht gegen die "Grauen Wölfe" vorgegangen. Sie wurden sogar gefördert. Seit längerer Zeit ist der Vorsitzende des "Islamischen Kulturvereins", Nuri Cakici bei der Stadt Mainz als Bademeister im Taubertsberger Schwimmbad beschäftigt. Cakici, der im Oktober letzten Jahres an einer Veranstaltung des Faschistenführers Türkes in der Dortmunder Westfalenhalle in der vordersten Reihe teilnahm, unterhält auch enge Kontakte zur "Wohnbau GmbH". Durch seine Vermittlung konnten viele der "Grauen Wölfe" in die Sozialwohnungen ziehen.

Hätten die Verantwortlichen in Mainz bereits bei den ersten Übergriffen die Täter zur Verantwortung gezogen, so wäre es nicht zu dem Überfall am Pfingstsonntag gekom-

**ISCI BIRLIGI**

Frankfurt  
TÜRKİSTAN EKİMLERİ BİRLİĞİ  
Yeni Kuruluş

**BASINIAZ**

ALMAN İLERİ KURULUSLARINI VE  
YETKİLİ ORGANLARI **UVARIVORUZ!**

**MAINZ'da MHP'liler  
gençlerimize "adam  
öldürme sanatını"  
öğretiyorlar...**

Bu adam "Bu sporla 9 metreden  
adam avlanır" diyor.

Tercüman Gazetesi  
bu gileli faaliyetin reklamını  
yapıyor.

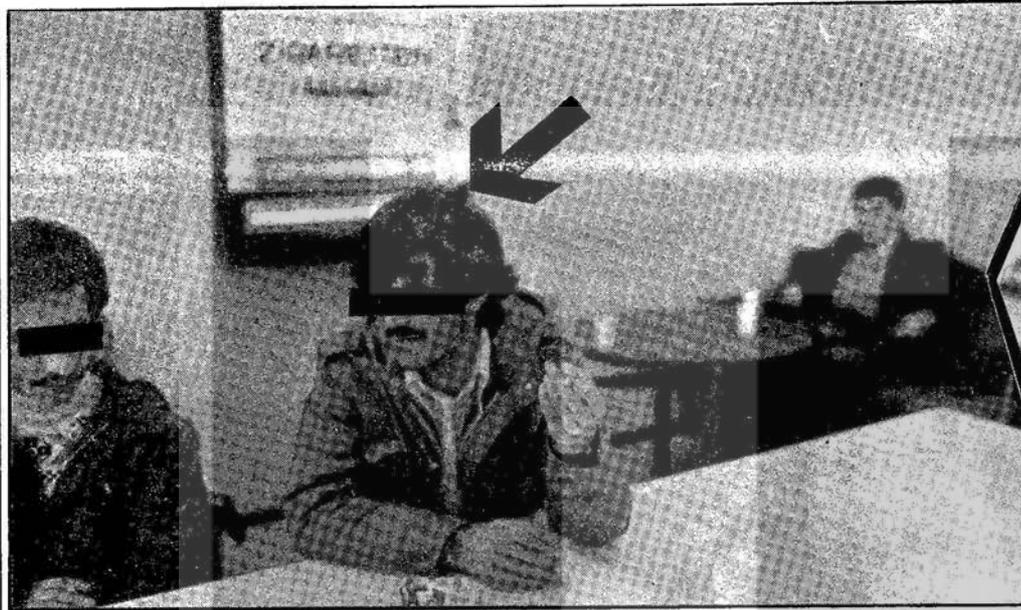
İşçiler, yurtlarsız olan illerimiz  
kurşuna çağırıyor  
(Geniş haberimiz 3.üncü sayftada)

**Erste Warnung:  
1977**

Zeitung des FIDEF  
Vereins "Isci Birligi"  
vom 1.1.1977 berichtete  
über die Karatekurse der  
"grauen Wölfe" in Mainz.  
Karate-Trainer: "in dieser  
Sportart kann man den  
Gegner von 9 m.  
Entfernung außer  
Gefecht setzen."

**Mainz: Chef der  
"grauen Wölfe" bei der  
Stadt beschäftigt.**

men. Umgekehrt hat die passive Zuschauerrolle der Polizei bei diesem Überfall sicherlich die MHP-Anhänger zu weiteren Gewalttaten ermutigt. Wir müssen wieder einmal feststellen: Die verantwortlichen Behörden der BRD zeigen gegenüber den "Grauen Wölfen" eine erstaunliche Duldsamkeit. Diese Duldsamkeit kann nicht durch Nachlässigkeit einzelner Beamten erklärt werden. Es liegt vielmehr daran, daß die faschistische MHP in der Bundesrepublik über einflußreiche politische Freunde verfügt (siehe den Artikel über türkische Rechtsextremisten in diesem Heft.).



"Graue Wölfe" beobachten ihre Opfer vor dem Angriff. Unser Archiv-Foto zeigt den Verletzten türkischen Student und in Hintergrund seinen Angreifer. Er war bei dem Überfall am 18. Februar zusammen mit seinem Vater "krankenhausreif" geschlagen. Bild nebenan: "graue Wolf"- M. Yildizgördü.

## Wer unterstützt die türkischen Rechtsextremisten?

In unseren beiden ersten Nummern berichteten wir über die Querverbindungen zwischen den "Grauen Wölfen" der MHP-Tarnorganisation "Türk-Föderation" und einigen CDU/CSU-Politikern. Die von informierten Kreisen seit Jahren bestätigte Beobachtung, daß führende MHP-Funktionäre, in der Türkei sorgfältig auf ihre hiesigen Aufgaben vorbereitet, anschließend in die Bundesrepublik geschickt werden, um hier "auf Befehl des Führers" wichtige Führungspositionen zu übernehmen und dabei von einschlägigen politischen Kreisen massive Unterstützung erfahren, wurde von den inzwischen bekanntgewordenen, alarmierenden Fakten bereits überholt. Besonders aufschlußreich scheint in diesem Zusammenhang z.B. die Tatsache, daß die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse vom amtierenden Vorsitzenden der Türk-Föderation der MHP, M. Serdar Celebi und seinem Vorgänger Lokman Kundakci, von einem CDU-Politiker H.-E. Kannapin unter Vortäuschung fiktiver Arbeitsverhältnisse erheischt worden sind. Bis heute schweigen die bundesdeutschen Behörden über diese Ungeheuerlichkeit. Die Empörung in der demokratischen Öffentlichkeit kommt in einigen Meldungen in den fortschrittlichen Presseorganen zum Ausdruck.

Wir werden auch in unseren nächsten Heften versuchen, diese nicht zufällige "Mauer des Schweigens" mit unseren Beiträgen und Enthüllungen zu durchbrechen.

Die Zunahme der Aktivitäten faschistischer und religiös-fanaticher Türken-Organisationen in der Bundesrepublik hat die Diskussion erneut entfacht, warum diese eindeutig antidemokratischen Verbände von den Behörden nach wie vor geduldet, ja teilweise gefördert werden. Denn schon längst ist die Bereitwilligkeit, mit der die von vornherein als faschistische Propagandaveranstaltungen allzuleicht durchschaubaren "Folklore-Abende" der MHP-Tarnorganisation "Türk-Föderation" von den Behörden genehmigt

**Schwarz-brauner Umkreis  
um die "grauen Wölfe"**

werden, selbst mäßig politisch interessierten Bundesbürgern suspekt geworden. Daß diese "Folklore-Abende" allein zur Erweiterung der Massenbasis der MHP und zur Rekrutierung neuer "Grauen Wölfe" dienen und mit Folklore und Kultur nichts zu tun haben, ist schon seit langem kein Geheimnis mehr.

Machen die "Grauen Wölfe" immer wieder mit neuen Gewalttaten, Angriffen und Machtdemonstrationen neue Schlagzeilen, geraten auch die "Koran-Kurse" als Haupt-Rekrutierungsfeld der "Grauen Wölfe" immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Mit einiger Spannung wird vor allem der Versuch der "Islamischen Kultur-Zentren" (IKZ's) verfolgt, zunächst durch das Kulturministerium Nordrhein-Westfalens und dann bundesweit als "Anstalt des öffentlichen Rechts" anerkannt zu werden (Siehe auch Kasten: Wer organisiert Koran-Kurse in der Bundesrepublik?).

**Rechtsextremisten als öffentlich-rechtliche Anstalt?**

Unbeeindruckt von zutiefst antisemitischen, profaschistoiden Aussagen der "IKZ's" überprüft das Ministerium den Antrag bereits seit einigen Monaten "wohlwollend", wie die IKZ-Führer ihrer Anhängerschaft versichern. Daß der NRW-Kultusminister, trotz seit geraumer Zeit bekannten faschistischen, fanatisch-religiösen Indoktrinationen in den Koran-Kursen dieser Süleymanci-Bewegung, sich einen skandalösen Erlaß erlauben konnte, in dem allen Lehrern in NRW die Weiterempfehlung dieser Kurse an die türkischen Kinder nahegelegt wird, scheint diese Interpretation nicht abwegig.

**NRW-Kultusministerium empfiehlt Korankurse der Hitler Anhänger**

Obwohl der DGB-Bundesvorstand anläßlich der Enthüllung dieses skandalösen Erlasses durch FIDEF in einem Brief vom 22. 10. 1979 an den Ministerpräsidenten Rau eindringlich davor warnte, "auch im Interesse der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland die weitere Unterstützung dieses Islamischen Kulturzentrums und seiner Nebenstellen bzw. deren Anerkennung als öffentlich-rechtliche Anstalt" zu betreiben im Hinblick auf den zu befürchtenden "offenen religiösen Terror auf alle türkischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik", sickerte aus dem Ministerium durch, daß für den Landtag NRW ein einschlägiger Gesetzesentwurf vorbereitet wird.

Sollte die demokratische Öffentlichkeit nicht ihre Stimme erheben und diesen Skandal gerade noch verhindern, ginge die Rechnung der türkischen Rechtsextremisten in der Süleymanci-Sekte auf: sie wären als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und nach den beiden christlichen Kirchen alleinige Sprecher der drittgrößten Religionsgemeinschaft im Lande. Dann könnten die IKZ's auch als alleinige legale Instanz bei der Vertretung der Mohammedaner "Kirchensteuer aufgrund eigener Steuerverordnungen erheben", wobei das Geld durch die staatlichen Finanzverwaltungen eingetrieben werden müßte. Geschätzte - zusätzliche - Jahreseinnahmen der Süleymanci-Sekte: 300 - 400 Millionen Mark.

Bei dieser zu erwartenden Finanzspritze und dem für die meisten noch undurchschaubaren politischen Hintergrund wird die stillschweigend fortgesetzte Duldung und Förderung der türkischen Rechtsextremisten ein wenig verständlicher. Denn nur wenige eingeweihte Beobachter erahnen, welchen "mächtigen Freunden" die türkischen Rechtsextremisten mit ihren "Grauen Wölfen" und den "Koran-Kursen" ihr weitestgehend ungezügelt Treiben zu verdanken haben. Abgesehen von dem Flankenschutz durch NPD und einigen anderen Neonazi-Verbänden haben die türkischen Rechtsextremisten mit einem fein gesponnenen Netz von Tarn- und Schutzorganisationen, an denen maßgebliche CDU/CSU-Politiker und einflußreiche Journalisten, wie Harald Vocke (FAZ) und Hans Metlitzki (ZDF, Rheinischer Merkur) mitwirken, sich eine auf Tiefen- und Langzeitwirkung zielende Lobby verschafft.

**"graue Wölfe" haben mächtige Freunde**

Neben den CDU-Abgeordneten A. Hasinger, H. Schwartz und Dr. H. George unterstützt auch die "Ökumenische Kontaktstelle für Nichtchristen" der Katholischen Kirche den Antrag der Süleymanisten. Dokumentationsstelle der "Weißen Väter", vom katholischen Orden "Gesellschaft der Missionare von Afrika" eingerichtet, stützt sich in seinen CIBEDO-Dokumentationen weitgehend auf einen "Muhammed S. Abdullah" und macht sich für die Süleymanisten ebenso stark wie die Freimaurer-Loge "Vorwärts", die die Landesregierung drängt, das "Anerkennungsverfahren unserer Mitbürger zu beschleunigen und positiv zu entscheiden. Auch in den Gesamtseminaren des Regierungspräsidenten von Münster über Christen und Moslems tritt dieser Mohammed S. Abdullah als Referent auf: Von Veranstaltern sowie ihm selbst wird geflissentlich ver-

schwiegen, daß er sonst auch als Pressesprecher eben dieser "Islamischen Kulturzentren" fungiert. Als Co-Referent taucht "Pater Wanzura" von den "Weißen Vätern" auf. Ein wahrhaft lehrreiches Seminar, "für alle Schulumtsdirektoren, AG-Leiter und Lehrer in Vorbereitungs- und Regelklassen, die Kinder ausländischer Arbeitnehmer unterrichten."

### CDU-Abgeordneter als Förderer der "Islamischen Kulturzentren"

Schon seit geraumer Zeit gilt der CDU-Bundestagsabgeordnete Albrecht Hasinger als Integrationsfigur der türkischen Rechtsextremisten um die Zeitung "Anadolu", Zentralorgan des "Islamischen Kulturzentrums". Seit Ende 1979 ist Hasinger gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Dr. Heino George im Vorstand des neu gegründeten "Freiheitlichen Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins" ("Hür-Türk"). Ebenfalls im Vorstand: Abdulkadir Polat, der Generalsekretär der "Islamischen Kulturzentren" in der Bundesrepublik und die rechte Hand des "Hauptimams", Harun Resik Tüyloglu. Der "Hür-Türk"-Vorstand weist weitere illustre Namen auf: Erdogan Olcayto, Herausgeber der Zeitung "Anadolu" und ehemaliger Chefkorrespondent der Tageszeitung "Tercüman", deren in Frankfurt gedruckte Europa-Ausgabe als Sprachrohr der türkischen Faschisten gilt; Sümer Akat, Geschäftsführer der größten Charterfluggesellschaft für Gastarbeiterflüge, UFO, und Ali Riza Özgüc, der berüchtigte "Studentenaufseher" und Botschaftsrat der "Nationalistischen-Front"-Regierungen, an denen die neofaschistische MHP maßgeblich beteiligt war. Nach einem kurzen, aber offensichtlich ertragreichen Zwischenspiel beim Kultusministerium in NRW ist er inzwischen von der Demirel-Regierung wieder als "Botschaftsrat" auf seinen alten Posten zurückgeholt worden.

Die ersten beiden Vorstandssitzungen des "Hür-Türk" haben in Anwesenheit der CDU-Abgeordnete in der CDU-Zentrale in Bonn stattgefunden, meldete die Zeitung "Anadolu". Sie wird kaum über die Kioske vertrieben. Die IKZ's und die Fluggesellschaft UFO beziehen sie im "Großabonnement" und verteilen sie an ihre Kundschaft. Ihre Auflage wird auf etwa 10 000 geschätzt. Gedruckt wird sie ebenfalls bei der TER-Druckerei, in der auch die Tageszeitung "Tercüman" herausgegeben wird. "Anadolu" widmet in jeder Ausgabe mindestens 4 bis 8 Seiten den Islamischen Kulturzentren. Der Hauptimam vom IKZ Köln sowie andere Imemams haben in "Anadolu" ihre regelmäßigen Kolumnen. Fast genau so regelmäßig meldet sich auf den "Anadolu"-Seiten auch A. Hasinger zu Wort. Neben Interviews, Meldungen ("Hasinger - wahrer Freund der Türken") und Kommentaren greift er ab und zu auch selbst zur Feder. So erschienen seine Eindrücke von einer Reise in die Türkei, die er auf Einladung des türkischen AP-(Gerechtigkeitspartei Demirels) Abgeordneten Kemal Kacar unternahm, in Fortsetzungen. Mal lobt er die in der Türkei gesetzlich verbotenen Koran-Kurse der

CDU-Abgeordneter sitzt im Vorstand der "Hür-Türk"

Türkische rechtsextreme Presse in der BRD

### Ein weiterer CDU-Politiker auf der Seite der türkischer Rechtsextremisten in der BRD ALBRECHT HASINGER

ist einer der eifrigsten Förderer der rechtsextremistischen Süleymanci-Bewegung in den "Islamischen Kultur-Zentren". A. Hasinger im Zentralorgan der IKZ's vom 9. 11. 1979: "Meine Eindrücke von den Koran-Kursen sind sehr positiv." Dazu muß hinzugefügt werden, daß A. Hasinger einer Einladung vom derzeitigen Sektenführer der Süleymanisten Kemal Kacar Folge leistete und die Koran-Kurse der Süleymanisten in der Türkei offiziell verboten sind. Ein Beispiel aus einem Katechismus, der zu den obligatorischen

Bild: Hasinger lobt Koran-Kurse in rechtsextremistische Presse....

Lehrmitteln in den Koran-Kursen der IKZ's gehört:

**"Frage 49: Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach Safii und Malik betet?**

**Antwort: Wenn ernicht Reue zeigt und betet, sollte er getötet werden.**

**Frage 50: Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach Oberpriester Hanefi betet?**

**Antwort: Er ist zu verprügeln, bis Blut aus seinem Körper fließt. Wenn er auch dann nicht betet, sollte er eingesperrt werden, bis er betet."**



STAY

Süleymanisten überschwänglich, mal versucht er seine dubiosen Kontakte zu den türkischen Rechtsextremisten als "integrationsfördernd" zu verkaufen. Er ist mit Abstand - noch vor dem Hauptimam, Demirel, Türkes und etlichen Film- und Fernsehstars - der meist abgebildete Mensch in "Anadolu" überhaupt.

"Anadolu" legt großen Wert auf die Hervorkehr der Freundschaft zwischen dem CDU-Hasinger und AP-Kacar in Wort und Bild. Denn der Istanbuler Abgeordnete Kacar ist schließlich nicht irgendwer: Kacar ist der Sektenführer der Süleymancilar, seit dem er die Tochter des Sektengründers Süleyman Hilmi Tunahan verheiratet hat.

## **ANADOLU: Sammelbecken türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik**

Während die Tageszeitung "Tercüman" wegen seiner allzu offensichtlichen "Blut- und Boden-Ideologie" im Sinne des MHP-Pantürkismus weiterhin an Auflage verliert, versucht "Anadolu" mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen:

- Sie gilt als Zentralorgan der Süleymanci-Bewegung in der Bundesrepublik: Neben Nachrichten und Meldungen aus allen IKZ-Filialen werden jede Woche die Kolumnen des "Hauptimams" Harun Resit Tüyloglu und seiner Kollegen veröffentlicht.
- Den Vereinsnachrichten der "Grauen Wölfe" in der "Türk-Föderation" wird fast genau so breiter Raum gewidmet. Presseveröffentlichungen und Bekanntmachungen der Türk-Föderation werden im Wortlaut wiedergegeben; ihre bundesweiten Aktivitäten in der Regel als Aufmacher gemeldet. In Artikeln und Kommentaren wird immer wieder Bezug genommen auf "Groß-Türkei", pan-türkisches Ideal der MHP, die die 100 Millionen "im Ausland" (in Griechenland, Bulgarien, Zypern, mittelasiatischen Republiken der Sowjet-Union) "heim ins Reich" holen soll.
- "Anadolu" versucht sich in letzter Zeit auch als "betont regierungsfreundlich" zu profilieren. Nur wenige Wochen nach der Bildung der Demirel-Regierung in der Türkei gründete E. Olcayto, Herausgeber der "Anadolu" den "Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsverein" (Hür-Türk), um angeblich die AP- (Demirel)orientierten Landsleute in der Bundesrepublik zu organisieren. Doch aus den Augenzeugenberichten über die ersten öffentlichen Veranstaltungen (u.a. in Remscheid und Kassel) geht hervor, daß die gesamte Planung und Organisation (Raumanmietung, Saalschutz, usw.) fest in den Händen der "Grauen Wölfe" lag. Als Hauptförderer der Zeitung "Anadolu" und des Vereins "Hür-Türk" in der Türkei fungiert der Demirel-Vize Ali Naili Erdem, wegen seiner offenkundigen MHP-Sympathien auch "Kommando Nail" genannt. Erdem gilt als Kontaktperson des äußerst rechten Gerechtigkeitspartei(AP)-Flügels, der zu jeglicher Zusammenarbeit mit der neofaschistischen MHP bereit ist. Seinen unermüdlichen Bemühungen verdanken Demirel u.a. die derzeitige bedingungslose Unterstützung seiner Regierung durch die MHP. Die Integrationsfunktion von "Anadolu" im Hinblick auf die "Süleymanisten", die "Grauen Wölfe" in der "Türk-Föderation" und den relativ kleinen, aber äußerst einflußreichen rechtsextremistischen Flügel der AP wird damit augenfällig.

Während einerseits die rechten AP-Anhänger um die Zeitung "Anadolu" in den "Hür-Türk"-Vereinen organisiert und praktisch in die MHP-Nähe gerückt werden, versucht die Zeitung gleichzeitig den Druck auf die demokratisch gesinnten Landsleute systematisch zu erhöhen. Fast in jeder Ausgabe werden die türkischen Mitarbeiter der Gewerkschaften, der Rundfunk- und Fernsehanstalten und demokratische Arbeitervereine zur Zielscheibe infamster Diffamierungen gemacht. Durch wiederholte Abbildungen mit gehässigen Kommentaren werden sie für die blutrünstigen "Grauen Wölfe" vogelfrei erklärt. Diese Kampagne wird in den letzten Wochen - parallel zu den "Säuberungen" in den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten der Türkei, TRT, weiter verstärkt. Sogar die weitgehend politikfreien Magazinsendungen des ZDF auf türkisch werden als "linkslastig" hingestellt, weil die Redaktion sich den Kooperationsangeboten der "Anadolu" vorläufig nicht beugen will.

Die "Süleymanisten", die in der Bundesrepublik mit "Anadolu" und dem "Islamischen Kulturzentren" über wichtige Organe verfügen und offensichtlich einige CDU-Abgeordnete vor ihren Karren spannen konnten, betrachten Süleyman Hilmi Tunahan (1888 - 1959), den Gründer ihrer Sekte, als Abkömmling aus der Familie des Propheten Mohammed; er gilt als der überlegenste und wichtigste Heilige im Islam.

In den dreißiger Jahren und während des II. Weltkrieges waren die Süleymançilar in der Türkei glühende Anhänger Hitlers. Sie propagierten unter ihrer Gefolgschaft, daß Hitler ein Mohammedaner sei; er würde die Türkei erobern und die damalige "vom Christentum beeinflusste" Inönü-Regierung stürzen. Süleyman Tunahan, der Sekten-Chef, werde zum Oberhaupt des von Hitler zu gründenden islamisch-türkischen Staates ernannt. Um bei der Verwirklichung dieser Ziele dem Führer behilflich zu sein, reiste eine unter der Leitung des früheren Mufti von Jerusalem gegründete Militäreinheit illegal aus der Türkei aus und schloss sich in Jugoslawien der islamischen SS-Einheit Hitlers an.

Nach dem Krieg arrangierten sich die Süleymanisten-Führer mit der "Demokratischen Partei" von Menderes, die mit einem extrem konservativen Programm gegen die Inönü-Regierung antrat und 1950 an die Macht kam. Diese Unterstützung wurde jedoch zurückgezogen, als die Menderes-Regierung (unter Druck von anderen einflußreichen Sekten) staatliche Prediger-Schulen gründete. Die Süleymançilar gingen dazu über, das ganze Land mit ihren illegalen "Koran-Kursen" zu überziehen, um ihre Organisationsbasis zu erhalten und zu erweitern. Nach dem Militärputsch 1960 unterstützten sie die Nachfolgeparteien der Demokratischen Partei, die von den Militärs verboten worden war.

Auch bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen 1977 trafen sie mit der Geschäftspartei Demirels (AP) eine Absprache; im Rahmen dieser Übereinkunft wurden ihnen 12 Parlamentssitze versprochen. Die Süleymançilar errangen bei den Wahlen allerdings nur 1 Senats- und 3 Parlamentssitze. Der wichtigste von diesen AP-Abgeordneten ist der bereits erwähnte Sekten-Führer Kemal Kacar, Schwiegersohn des Sektengründers Süleyman Hilmi Tunahan.

Der Süleymanismus, der in der Türkei unverblümt propagiert, daß er außer dem Koran keine andere Gesetzgebung und keine anderen Normen anerkennt und sich den Koran als Grundgesetz zu eigen machen will, hat wegen ihrer militanten Erscheinungsform relativ wenig Anhänger, obwohl hierüber keine verlässlichen Zahlen angegeben werden können.

## Süleymanisten als religiöse Fanatiker in der Bundesrepublik

Die Süleymanisten in den IKZ's, aber auch ihre Förderer, wie der CDU-Abgeordnete Hasinger und seine Freunde, werden nicht müde auf Eingaben und Verlautbarungen ihr Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften, ihre Weltoffenheit und Integrationsbereitschaft, ihre Gesetzestreue und Wissenschaftsfreundlichkeit zu betonen. Doch nicht nur die aufgezählten Fakten erhellen das wahre Wesen der Süleymanisten. Einmal abgesehen von ihren Haßtiraden auf eigenen Veranstaltungen und in Moscheen, wo sie unter sich sind (Hauptimam Tüyloglu in der Festlandhalle Recklinghausen nach einem WAZ-Bericht vom 25. 11. 1979: "Wir werden unseren Gegnern die Zunge ausreißen! Unsere Feinde werden vernichtet!") werden die mühsam versteckten, betrügerischen Absichten dieser fanatischen Rechtsextremisten in ihren Publikationen auf türkisch hinreichend dokumentiert. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Kolumnen des Hauptimams Harun Resit Tüyloglu und weiteren lokalen Hauptimams in "Anadolu".

"Von welcher Dienerschaft ist eigentlich hier die Rede? Der von uns beschrittene Weg ist mittlerweile auch den Blinden ersichtlich geworden. Dies ist auch in Meydan Larousse nachzuschlagen. Nicht wir, die Beschuldigten, haben den Juden gedient, sondern wir haben schon vor Jahren dafür Sorge getragen, daß die dreckigen Antlitze der Judendiener dem islamischen Volk präsentiert wurden. Wo waren denn damals diese

Militanter  
Anti-Semitismus

Herren, welchem Juden haben sie die von Moslems aufgebaute Motorfabrik verkauft, nachdem die für den Konkurs dieser Fabrik gesorgt haben?

Einer der bekanntesten Anti-Freimaurer und Antisemit der Ära der Republik, der verstorbene General Cevat Rifat Atilhan, besuchte vor dreißig Jahren ein Nomadenzelt in Mersin. Dort hatte er ein Buch gesehen und gefragt, ob er Einsicht darin haben könnte. Erstaunt, sein eigenes Werk über das Judentum vorzufinden, habe er gefragt, von wem und woher sie es bekommen hätten. Der Zeltbesitzer: "Dieses Buch wurde uns vom Schwiegersohn Seiner Heiligkeit Süleyman Efendi geschenkt." Diese Antwort gefiel dem verstorbenen Cevat Rifat so sehr, daß er diese Anekdote immer wieder gern zum Ausdruck brachte..." Harun Resit Tüylüoglu, IKZ Hauptimam ("Anadolu" 9. 11. 79)

"...Bei den Griechen verstößt es nicht gegen die Moral oder gegen das Gewissen, wenn man unschuldige Menschen, von Kindern im Säuglingsalter bis zu erblindeten Greisen, ob männlich oder weiblich, massakriert und deren Leichen dann verbrennt oder mit Baumaschinen zusammenkarrt und in Schluchten vergräbt. In dem Buch "Terror der Griechen" und vielen anderen Büchern sind ihre barbarischen Handlungen beschrieben. Das ist eine Realität, die während der Zypern-Ereignisse von der ganzen Welt bezeugt werden konnte. Welche Vernunft, welche Logik, welches Gewissen kann man bei diesen Geschöpfen zum Maßstab nehmen?...“ Bektas Sarikaya, IKZ Kirchheim, Hauptimam ("Anadolu" 2. 5. 1980)

"... wo alle Andersgläubigen ihre verdorbenen Religionen ihren Kindern lehren und ihre Religion schützen, kann und darf ein muselmanischer Türke seine Kinder und seine geschätzte Religion nicht vernachlässigen..." "...Das türkische Volk ist ein Herrschaftsvolk..." Harun Resit Tüylüoglu, IKZ Hauptimam ("Anadolu" 29. 12. 1978)\*

"...Zusammenfassend können wir sagen, daß das Ende der Welt nahe sein wird, wenn alle Unsittlichkeiten und Abscheulichkeiten der Söhne Israels in dieser Welt Mode geworden sind..." Mehmet Özasik, IKZ Esslingen, Hauptimam ("Anadolu" 28. 12. 79)\*

"...Jemand, der sich als Mohammedaner bekennt, muß sich den Gesetzen und Regeln des Islam unterwerfen. Wenn er die Verbote der Religion mißachtet, wird er nach weltlichen Regeln des Islam bestraft, z.B. wer Alkohol genießt, wird geschlagen; ein Ehebrecher wird gesteinigt oder geschlagen; Dieben werden die Hände abgehackt; Mördern wird der Kopf abgehackt..." Ahmet Simsek, IKZ Bielefeld, Hauptimam ("Anadolu" 21. 12. 1979)\*

"...Der islamische Glaube ist für die ganze Menschheit geschaffen worden. Gott akzeptiert außer dem Islam keine andere Religion. Gott akzeptiert auch keine andere Scheriat außer dem Islam..." Ahmet Simsek, IKZ Bielefeld, Hauptimam ("Anadolu" 4. Januar 1980)\*

"...Wir sind eine edle und adelige Nation, die die Fahne des Islam tausend Jahre getragen hat. Wir sind gottseidank Mohammedaner. Deshalb werden wir uns nicht wie damals die Polen in Deutschland assimilieren. Wir haben den Glauben und die Absicht, nicht unter den Deutschen zu verschwinden, sondern ihnen das Licht des Islam zu zeigen und ein Beispiel zu geben..." Harun Resit Tüylüoglu, IKZ Hauptimam 6. 6. 1979)\*

"...Wer wird diejenigen vor dem Jüngsten Gericht schützen, die im Namen des Fortschritts und der Zivilisation den Islam und den Koran beiseiteschieben, obwohl sie wie eine Sonne scheinen, mit Ungläubigen zusammen gegen den Koran handeln, was nichts anderes als Unsittlichkeit und Enthusiasmus ist. Wer wird sie vor dem Zorn Gottes schützen? Wer sich verhält wie eine andere Nation (integriert) und deren Sitten annimmt und deren Feste feiert, der gehört zu dieser Nation..." Ahmet Simsek, IKZ Bielefeld, Hauptimam ("Anadolu" 28. 12. 1979)\*

**"Den Dieben  
wird die  
Hand abgehackt..."**

"...Jeder Gläubige muß wissen, daß die Religionen anderer Nationen nichtig und falsch sind und die Angehörigen Ungläubige sind. Der Islam ist die einzig echtgläubige Religi-

\* Die gekennzeichneten Übersetzungen sind einer Zusammenstellung entnommen, die wir unseren Lesern unbedingt empfehlen: "Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland", DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausl. Arbeitnehmer, Februar 1980.

on. Wer an den Islam glaubt, der ist der einzig Gläubige und Muselman...“ Ahmet Simsek, IKZ Bielefeld, Hauptimam (“Anadolu“ 4. 1. 1980)\*

“...Es ist nicht gestattet, daß ein Gläubiger einen Ungläubigen liebt (gemeint ist Freundschaft schließen). Der Koran befiehlt es so ganz offen. Wer Gläubiger ist und einen Ungläubigen liebt (bzw. freundschaftliche Beziehungen unterhält), begeht nicht allein eine Sünde, sondern sein Glaube wird zunichte gemacht. Gläubige dürfen nicht andere Gläubige beiseite schieben und mit Ungläubigen Freundschaft schließen. Wer das macht, hat keine Beziehungen mehr zu seinem Gott...“ Ahmet Simsek, IKZ Bielefeld, Hauptimam (“Anadolu“ 18. 1. 1980)\*

**Süleymanisten sind gegen die Integration:  
“...keine Freundschaft mit Ungläubigen!”**

“...Eine Frau darf ohne Begleitung ihres Besitzers (Vater, Bruder, Sohn, Onkel, Cousin, oder Mann) in Begleitung eines Fremden nicht reisen. Allein darf sie auch nicht über 90 km weit reisen. Das ist sündhaft...“ Mehemet Gaye, IKZ Stuttgart, Hauptimam (“Anadolu“ 23. 11. 1979)\*

“...Was uns von unserem Meister, Seiner Heiligkeit Süleyman Hilmi Tunahan übermittelt wurde.

Die Krankheiten, die in unserer Welt in Erscheinung treten, sind eine Folge dessen, daß wir nicht den Worten unseres Propheten Beachtung schenken. Allah hat im Organismus der Menschen 384 funktionell arbeitende Engel eingesetzt. Meine Herrschaften, beachtet: nicht 385, nein - nicht 385, sondern genau 384. Zwei hiervon sind für die Funktionen des Stuhlgangs - mit anderen Worten, sie haben sich bereiterklärt, vor der Toilettentür Wache zu stehen - zuständig. Sie stehen in der Rangordnung höher und erhabener, weil sie von den anderen 382 Aufgaben gerade diese übernommen haben.

Die menschlichen Wesen sollten, nachdem sie den Stuhlgang erfolgreich beendet haben, folgendes sagen:

“Elhamdü Liliiahillezi ezhebe ennil eza ve afani min za lik.“ (alter arabischer Gebetspruch - die Red.)

Wer dies befolgt wird nicht an Prostata erkranken.

Meine Freunde, tut diese Empfehlungen nicht als Banalitäten ab. Die Freunde Gottes haben auf diese Weise ihre Würde erreicht. Beispiel: Ihre Heiligkeiten, die Imams, belieben zu sagen: “Ich bin gezwungen, den Anordnungen seiner Heiligkeit auf die Minute genau nachzukommen. Falls Ihr etwas an mir wahrnehmt, kommt es daher, weil ich den Anordnungen des Herrn Ehrerbietung entgegenbringe. Wie auch immer trat bei mir eines Tages eine Verstopfung ein. Ich habe über das, was mit mir geschah, nachgedacht. Endlich wurde mir der Grund dieses Zustandes verständlich. Ich bin nicht den Anordnungen Seiner Heiligkeit Folge leistend zuerst mit dem linken, sondern mit dem rechten Fuß in die Toilette hineingegangen. Das war der Grund, warum ich mit diesem Zustand konfrontiert wurde. Nach einer sofortigen Gnade Gottes flehend, trat eine Besserung ein. Ich habe versucht, nicht noch einmal diesen Fehler zu begehen...“ Nihat Tarhan, IKZ Hamburg, Hauptimam (“Anadolu“ 19. 10. 1979)\*

## Wer organisiert die Koran-Kurse in der Bundesrepublik?

Im Gegensatz zur Türkei, wo neben einer Vielzahl von illegalen Koran-Kursen auch “offizielle“ Koran-Kurse von ausgebildeten Kräften unter der Aufsicht des nationalen Erziehungsamtes abgehalten werden, stehen alle Koran-Kurse in der Bundesrepublik fest in der Hand der rechtsextremistischen, politisch motivierten islamischen Gruppen. In der Regel sind ihnen Karate-Kurse angeschlossen. Sie bieten ein extrem günstiges Rekrutierungsfeld für die “Grauen Wölfe“, die in mehreren Koran-Schulen den Vorstand beherrschen.

1. “Nurdschuluk-Bewegung“ (Medrese-i Nuriye), Köln, Rolandstraße 88:

Sie verfügt über etwa 30 Lokale und-Häuser, die sich in der Regel “Medrese“ (religiöse Lehrhäuser) bezeichnen. Diese kontaktscheue Strömung vertritt in der Türkei gesetzlich verbotene Strömungen, die von “Saidi Nursi“ gegründet wurde. Obwohl die bestorganisierte Sekte in der Türkei, die den Kampf gegen die laizistische Republik symbolisiert, ist sie in der Bundesrepublik hinter den konkurrierenden politisch motivierten Sekten zurückgeblieben. Obwohl dies nicht an ihrer fortschritts- und menschenfeindlichen Militanz ändert, wird auch diese Sekte in dem Skandal-Erlaß des Kultusministeri-

ums von NRW unter Adressenangabe als "eine ordensähnliche Vereinigung, die sich der religiösen Betreuung türkischer moslemischer Gastarbeiter annimmt" angepriesen, die "parteilpolitische Betätigung strikt ablehnt"!

2. "Türkische Union - Europa e.V." (Avrupa Türk Birliği), Köln, Florastraße 33:

Sie ist die Zentrale der "Nationalen Ansichts-Organisation" (Milli Görüs Teskilati), die von den Anhängern der MSP (Nationale Heilspartei Erbakans) gegründet wurde und z.Zt. nach eigenen Angaben über 130 Vereine in der Bundesrepublik verfügt, denen jeweils die Koran-Kurse angeschlossen sind. Mit ihr liiert ist auch die "Einheit der islamischen Jugend in Europa" (Avrupa İslamci Gençlik Birliği). Als Publikationsorgan fungiert die Tageszeitung der MSP, "Milli Gazete", deren Europa-Ausgabe in Frankfurt gedruckt wird (geschätzte Auflage: 12 000 Stück).

Auch führende Vertreter der europäischen MSP-Organisation geben zu, daß in verschiedenen Zweigstellen und Moscheen ihrer Organisation der Einfluß der "Grauen Wölfe" der MHP (die neofaschistische Partei der nationalistischen Bewegung), gesteuert von der "Türk-Föderation", unübersehbar geworden ist. Zu blutigen Auseinandersetzungen kam es im Februar 1980 bei der Vollversammlung des "Türkisch-Islamischen Vereins" in Nürnberg, die wegen Gewalttätigkeiten zweimal verschoben werden mußte.

Eindeutig steht fest, daß die Mörder des türkischen Gewerkschaftlers und FIDEF-Mitglieds Celattin Kesim am 5. 1. 1980 in West-Berlin aus der Mevlana-Moschee (Mitglied der Türkischen Union-Europa) herausgekommen waren. Bezeichnend für die Durchsetzung und Fanatisierung der MSP-Basis durch MHP-Anhänger ist die Aussage des West-Berliner Polizei-Chefs Manfred Kittlaus: "Einige der dringend Tatverdächtigen gaben unumwunden zu, den "Grauen Wölfen" zuzugehören." (Tagesspiegel vom 8. 1. 1980)

Zu dieser politischen Gruppierung, der enge Beziehungen zu der in Mekka beheimateten Organisation "Rabitatül Almelil İslami" nachgesagt werden, ist auch die "Föderation islamischer Gemeinschaften", in München, Wallnerstraße 1, zuzurechnen.

3. "Islamisches Kultur-Zentrum e.V.", (İslam Kültür Merkezleri) mit Hauptsitz in Köln, Beuelsweg 15:

Die Süleymanisten in den Islamischen Kulturzentren treten in der Bundesrepublik als die bestorganisierte islamische Sekte auf. Die Zentrale in Köln ist Hauptorganisator der berühmten Koran-Kurse. Der vom Sektenführer der Süleymanisten, dem Istanbuler AP-Abgeordneten Kemal Kacar eingesetzte Hauptimam, Harun Resit Tüyloglu, gibt in seiner Kolumne in ihrem Publikationsorgan "Anadolu" vom 9. 5. 1980 an, IKZ's verfügten mittlerweile über 200 Gebetsstätten in der Bundesrepublik, während in einer Presseerklärung vom 18. 4. 1979 noch von 130 Zweigstellen die Rede war.

Die Süleymanisten organisieren sich seit 1974 unter dieser Bezeichnung in der Bundesrepublik. Die heutige Zentrale, IKZ Köln, wurde 1975 gegründet. Die Koran-Kurse werden in Moscheen abgehalten, die in der Regel den Vereinen angegliedert sind. In einigen Großstädten gibt es mehrere Moscheen, in denen hauptamtliche "Hauptimams" oder "Imams" eingesetzt sind. Die IKZ's verfügen über ergiebige Finanzquellen. Sie sammeln zwar auch an religiösen Tagen unter ihren Anhängern größere Summen, undurchsichtig bleiben jedoch ihre Transaktionen, die teilweise in Millionenhöhe gehen. Bekannt geworden sind auch Fälle, in denen die IKZ's gemeinsam mit der MHP-Tarnorganisation "Türk-Föderation" Gebäude aufkauften. IKZ's werden vor allem ihre engen Bindungen zu MHP-Vereinen vorgeworfen. Auch die Tatsache, daß der Generalsekretär der IKZ's, Abdülkadir Polat, seit kurzem im Gründungsvorstand des "Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins", einer angeblich AP-nahen Organisation, sitzt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die regionalen Führungskader der IKZ's hauptsächlich mit MHP und teilweise mit dem äußerst rechten, MHP-durchsetzten Flügel der AP verbunden sind.

Wegen ihres Fanatismus werden Süleymanisten in der Türkei an offiziellen religiösen Ämtern nicht geduldet. Die entlassenen Prediger werden von den IKZ's in die Bundesrepublik geholt und hier beschäftigt. Auch der Hauptimam H.R. Tüyloglu war bis zu seiner Entlassung Mufti von Konya und Umgebung.

4. "Europäische Föderation der türkischen demokratischen Idealisten-Vereine" (Türk-Föderation), Frankfurt, Gutleutstraße 173, mit dem religiösen Ableger "Türkisch-Islamische Föderation"

Enge Zusammenarbeit der  
"Grauen Wölfe" mit  
Süleymanisten

mische Zentren“ bzw. “Türkisch-Deutsche Kulturvereine, Köln, Christophstraße 14, bzw. Schanzenstraße 3:

Die MHP-Vereine versuchen immer wieder in allen Orten eigene Koran-Kurse aufzuziehen. In ihren Lokalen werden gleichzeitig Karate-Kurse angeboten. An religiösen Tagen und während der Ramadan-Zeit werden die Lokale als Gebetsstätten benutzt. Auch im Ausland versucht die MHP die anderen islamischen Gruppen zu unterwandern, um die Möglichkeiten dieser Kurse für eigene Zwecke zu nutzen. Die “Türk-Föderation“, auf deren als “Folklore-Veranstaltungen“ kaschierten Zusammenrottungen bereits mehrfach der “Führer“ Türke sprach, verfügt z.Zt. in der Bundesrepublik über ca. 300 Stützpunkte. Trotz allen Warnungen und heftigen Protesten der DGB-Gewerkschaften und der demokratischen Öffentlichkeit können die der Türk-Föderation angeschlossenen Vereine (Symbol: Grauer Wolf) unbehelligt faschistische Propaganda betreiben.

Sie kämpft nicht nur mit allen Mitteln religiöser und chauvinistischer Demagogie gegen alle demokratische gesinnten Landsleute und vor allem engagierten Gewerkschaftler; “Graue Wölfe“ bilden auch regelrechte Terrorgruppen, die gegen “Kommunisten und Heimatlose“ eingesetzt werden. Mittlerweile terrorisieren sie ganze Belegschaften und Wohnblöcke. Im Vorstand der “Türk-Föderation“ sitzt auch seit ihrer letzten Vollversammlung ein in der Türkei wegen Mordes bereits rechtskräftig verurteilter “Grauer Wolf“, Ali Batman.

## Neonazis schüren Ausländerfeindlichkeit

Die Ausländerfeindlichkeit scheint für Reaktionäre und Neonazis nach wie vor ein attraktives Wahlkampfthema zu sein. Dies wird alle (Wahl-) Jahre wieder in aufwendig durchgeführten Kampagnen manifestiert, die die einheimische Bevölkerung gegen die ausländischen Mitbürger aufhetzen sollen. In Ruhrgebiet will eine “Bürgerinitiative Ausländerstopp“ zusammen mit der NPD ein Volksbegehren Ausländerstopp einleiten. In Bremen ruft eine “Volksbewegung gegen Überfremdung“ “Gastarbeiter raus!“ und empfiehlt: “Deutsche, wehrt euch!“. Auf Rückfragen bekommt man bei den angegebenen Kontaktschriften die “NPD Grundsatzerklärung zum Ausländerproblem“ zugeschickt, in dem unverblümt zum “Kampf gegen das bestehende Völkerchaos“ aufgerufen wird.

(Fortsetzung nächste Seite)

CDU/CSU

SPD/FDP

EAP

DKP

KEINER  
PACKT DAS  
HEISSE THEMA

GRÜNE

AN!

VOLKSBEWEGUNG GEGEN  
ÜBERFREMNDUNG, BREMEN

**VBÜ**

SIND SIE AUCH FÜR

- brutale Gewalkriminalität durch Ausländer in Deutschland?
- einen Staat, in dem Sie Angst haben müssen, daß Ihre Tochter nach einem Disco-Besuch nicht mehr nach Hause kommt und vergewaltigt aufgefunden wird?
- Völkermord an der deutschen Jugend durch Hasch, Heroin etc.?
- kriminelle Straßenbanden von Ausländern, die bisher tausende von Deutschen ermordet, beraubt und vergewaltigt haben, ohne daß sie dafür groß verurteilt worden sind, da man ja 'die Mentalität unserer ausländischen Freunde verstehen muß'?
- blutige Straßenschlachten ausländischer Extremisten mit unserer Polizei?
- die Erlernung von Türkisch, Griechisch, Jugoslawisch etc., damit Sie evtl. verstehen können, weshalb Sie von unseren zukünftigen Polizisten und anderen Beamten ermahnt werden?
- die Erziehung Ihrer Kinder nach den Gesetzen der Blutrache und der Brutalität, wie es in den Koran-Schulen z.B. geschieht?
- die Ersetzung Beethovens durch türkische Litaneien und die Ersetzung Rubens' durch afrikanische Volks'kunst'?
- die Zerstörung des letzten Restes deutschen Volkstums und deutscher Kultur durch immer neue Ausländerströme?

Ja?  
Nein?

Dann werfen Sie dieses Flugblatt gleich weg.

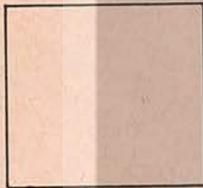
Dann lesen Sie auch die anderen Seiten und ziehen Sie Konsequenzen!

Um das Schreckgespenst ("Ausradierung des deutschen Volkes steht bevor!") an die Wand zu malen, werden u.a. Aussagen von Prof. Th. Schmit-Kaiser und Prof. J. Papalekas (beide Bochum) sowie vom Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, J. Schilling gebraucht, in denen eine "Integration dieser fremdartigen Menschen als Illusion" abgetan wird.

Die bisherige halbherzige Ausländerpolitik der Bundesregierung liefert den Neonazis die schlagkräftigsten Beweise zur Untermauerung ihrer menschenfeindlichen Argumente. Nach Aneinanderreihen von "mißlungenen Integrationsversuchen" in verschiedenen Bereichen kommt die NPD zu dem Schluß: "Im deutschen Volke wächst der Unmut und Verdruß über die Invasion von Millionen von ausländischen Menschen!" und gibt zu: "Dieses Unmuts und Verdrusses wollen wir uns annehmen!"

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß als einzige ausländische Organisation, mit deren Aussagen sich die Neonazis "voll inhaltlich einverstanden" erklären, der "Türkische Idealistenverein München" (Mitglied der "Türk-Föderation") aufgeführt wird.

All diejenigen, die mit phantasievollsten Begründungen den ausländischen Mitbürgern das Recht auf eine auf Gleichberechtigung basierende Integration verweigern und sich mit kosmetischen, kostenneutralen Maßnahmen vor den dringend erforderlichen Ausgaben für eine konsequente Ausländerpolitik drücken, müssen diese Argumente der Neonazis nachdenklich stimmen.



FIDEF

Lichtstraße 31  
4000 Düsseldorf 1

BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND

*Ich bin am Bezug regelmäßiger Informationen über die Arbeit der FIDEF und die Entwicklung in der Türkei interessiert.*

Name.....

Adresse.....

Beruf.....

Organisation.....

TÜSTAV